Leipzigs NEUE

EINE LINKE ZWEIWOCHENZEITUNG

Auf der Verliererstrecke?

Die deutschen Gewerkschaften sind in der Defensive. In Leipzig suchten Gewerkschafter aus ganz Deutschland und PDS-Vertreter Wege zur Offensive. Seite 3

Arbeitslosigkeit und kein Ende

Eine Jahresbilanz 2003: Der Druck auf die Arbeitslosen hat zugenommen, aber auf dem Arbeitsmarkt herrscht Windstille – in Deutschland, in Sachsen, in Leipzig. Seite 5

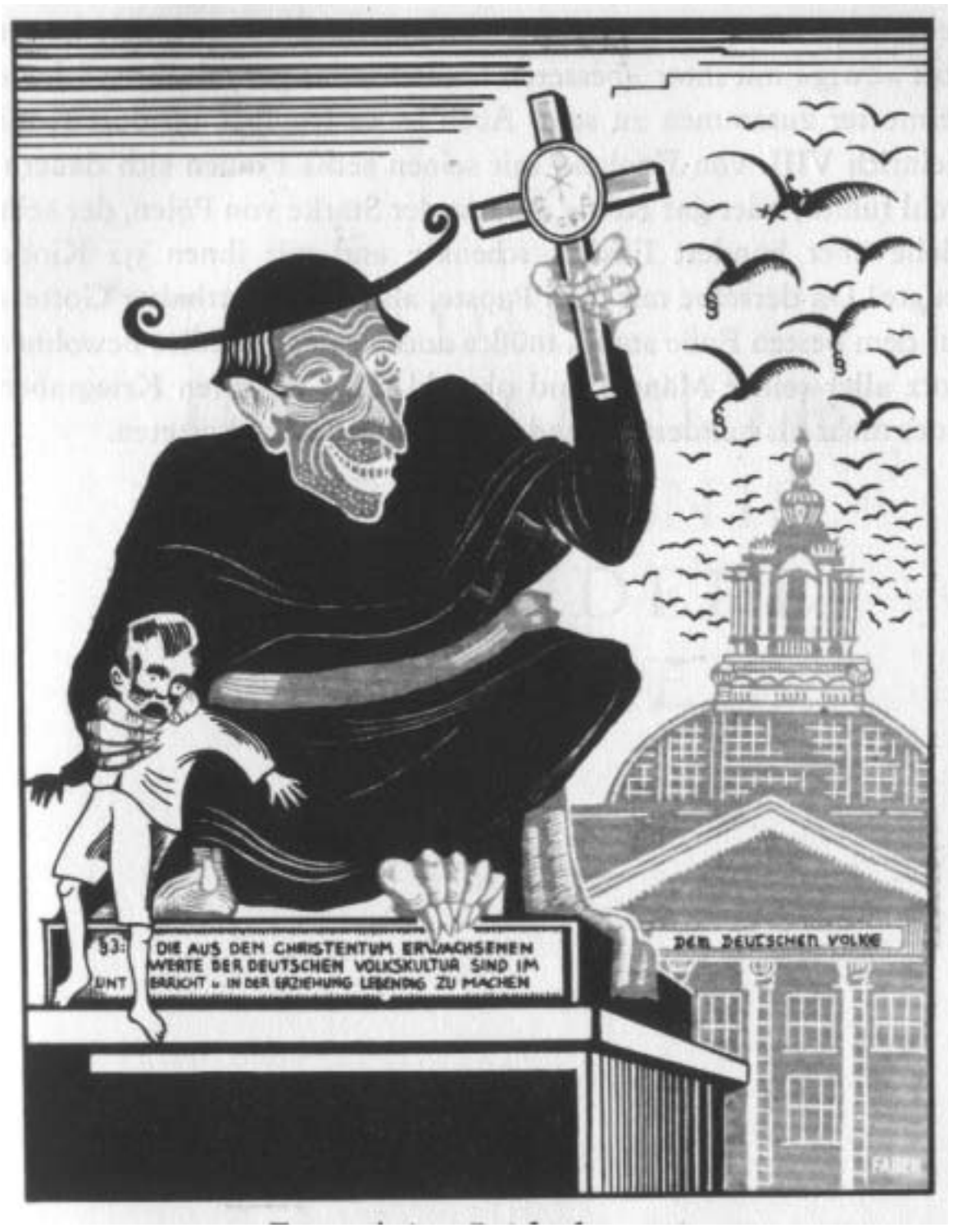
Zur Freilassung von Egon Krenz

Ein Rückblick auf seine Jahre seit 1989: die persönliche Schuld und die Justiz der Herrschenden. Seite 9

2
2004

12. Jahrgang
23. Januar
1 Euro

Tel./Fax:
0341-
21 32 345



Entwurf eines Reichs-Ehrenmals. Karikatur auf die Schulreaktion in der Weimarer Republik

Ist es wieder so weit?

Von der evangelischen Kirche begrüßt, hat die CDU-Mehrheit des Landtags in der Neufassung des sächsischen Schulgesetzes die Vermittlung ethischer Werte in der Schule an die christliche Tradition geknüpft und damit weltanschaulichem Pluralismus abgeschworen. Die Landtagsopposition von PDS und SPD hat Verfassungsklage angekündigt.

Seiten 2 und 6

Sein ältester Trick

*Von Peter Porsch**

„Es eifre jeder seiner unbestochnen, von Vorurteilen freier Liebe nach! Es strebe von Euch jeder um die Wette, die Kraft des Steins in seinem Ring an Tag zu legen." Noch kennt so ziemlich jeder Abgänger von sächsischen Schulen diesen Rat Nathans, mit dem er sich von der zugedachten Rolle als Glaubensrichter befreit und endgültig zum Weisen wird. Geht es aber nach dem Willen der CDU-Fraktion, könnte dies bald alles in Vergessenheit geraten sein. Die CDU-Fraktion scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein, wenn sie mit ihrem Antrag dem Christentum und Europa praktisch ein Monopol für Achtung vor dem Leben, Nächstenliebe, Frieden und Gerechtigkeit einräumt. Haben Sie denn, meine Damen und Herren, vergessen, dass wir schon die Aufklärung hatten. Gehören denn nicht spätestens seit Lessing zumindest drei Religionen zu den Quellen europäischer Kultur? Haben nicht seit über drei Jahrhunderten Freidenkertum und in bürgerlicher Freiheit begründete Toleranz alle drei Religionen zu einem allgemein akzeptablen ethisch-moralischen System zusammengebracht? Soll Atheismus ein Verfassungsbruch sein? Kein Mensch wird leugnen, dass das Christentum nicht nur einen wesentlichen, sondern durchaus auch besonderen Anteil an der Herausbildung europäischer kultureller Prägung und Werte hat. Genau so wird er aber auch nicht leugnen können, dass es auch andere bedeutsame und nicht zu vernachlässigende Quellen europäischer Kultur gibt. Uns prägt die Antike und uns prägt die Nachbarschaft zum arabisch-islamischen Raum. Das Judentum ist seit jeher ein ständiger integraler Faktor europäischer kultureller Entwicklung ...

Die Trennung von Kirche und Staat ist positives Ergebnis einer Jahrhunderte langen, konfliktreichen Entwicklung. ... Das Herauslösen des Christentums und seiner Kirchen aus den Strukturen der weltlichen Macht hat den Kirchen doch erst die Möglichkeit eröffnet, sich zurück zu besinnen und umfassender denn je praktisch werden zu lassen, was sie eigentlich vertreten, nämlich hre Achtung vor dem Leben, Nächstenliebe, Friedfertigkeit ...

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion. Ich hoffe wirklich, Sie sind nur von allen guten Geistern verlassen, denn es könnte auch schlimmer sein und es hat sie der Teufel geritten - „im Namen des Christentums", das ist sein ältester Trick.

** Worte aus seiner Landtagsrede zum Schulgesetz-Entwurf der CDU*

Keiner will Streik-Adressat sein

Die Studierenden der Universität Leipzig beschlossen, bis Monatsende konstruktiv gegen Stellenabbau, Mittelkürzungen und drohende Studiengebühren zu streiken. Sie wissen, der rapide Bildungsabbau gefährdet die Zukunft des Landes. Den führenden Politikern scheint das entgangen oder sogar gleichgültig zu sein.

Einer der Streik-Höhepunkte war deshalb am 16. Januar die Fahrt von 5000 Studenten nach Dresden, nicht zuletzt um eine von der PDS beantragte aktuelle Stunde im Landtag zur Hochschulpolitik zu unterstützen. Diejenigen, die es bis auf die Besucherränge schafften, machten allerdings bald Bekanntschaft mit der Polizei. Hatten die Studenten es doch gewagt, die Rede des Wissenschaftsminisers Rößler durch andauernden Beifall zu stören. PDS-Fraktionschef Porsch allerdings meinte, die Studenten hätten in zwei Wochen mehr und bessere Vorschläge für eine solide Hochschulpolitik gemacht, als die regierende CDU in 14 Jahren.

Es ist was los in Leipzig. Nehmen wir nur den 13. Januar. Er ist es wert, dem einstigen Uni-Hochhaus eine Gedenktafel zu verpassen. Denn hier kniff Kanzler Schröder vor ganz und gar nicht gefährlich aussehenden Studenten. Allerrdings trugen sie so gemeine Plakate wie das mit der Aufschrift „Erst Bildung, dann Spiele!" vor sich her.

Bundesministerin Buhlman, die für den Kanzler dann in die Bresche geschickt wurde, fühlte sich nicht angesprochen. Schuld an der Misere seien die Länder. Ministerpräsident Milbradt dagegen ließ die Studenten wissen, angemessener Adressat ihrer Proteste sei die Bundesregierung. – Was nun? **• M. W.**

Hört sich zunächst gut an

Die Bundeswehr personell verkleinern, Militärgerät aussondern, liebgewordene Rüstungsprojekte einstellen – vielleicht sogar den Wehrdienst abschaffen. Wer hört so etwas nicht gern, was Minister Struck und andere (in Variationen) – ganz und gar nicht in Widerspruch zu den Militärs – als Zukunft der Bundeswehr verkünden.

Es sind durchaus nicht vorrangig die Sparzwänge, die zu dieser Kurskorrektor führten. Solche Zwänge gab es schon öfter, ohne dass sie im militärischen Bereich zu ernsthaften Einschnitten geführt hätten. Und auch diesmal lässt der Minister keinen Zweifel daran, dass auf Dauer und unterm Strich gar nichts gespart wird.

Die Gründe für die neuen Akzentsetzungen liegen im zweiten Aspekt der Umorientierung: Landesverteidigung war gestern. Heute und erst recht morgen ist globaler Eingreif- und Ordnungsdienst gefragt. „Mögliches Einsatzgebiet ist die ganze Welt" (Struck). Mit anderem Gerät, mit mobileren Verbänden, auch mit hartgesottenen Profis statt unbedarfter und vielleicht nicht ganz zuverlässiger Rekruten. **• GÜNTER LIPPOLD**

Fundamentalismus

Wenn christliche Parteien und Kirchen der Religion wieder zu gesellschaftlicher Dominanz verhelfen wollen – und es deutet einiges darauf hin –, müssten sie eigentlich wissen, wie schnell sich Versuche gewaltsamer und undemokratischer Festschreibung von Denk- und Gesinnungsmustern ins Gegenteil kehren können und dass sie den sukzessiven Kirchen-Exodus eher fördern als aufhalten. Doch das ist i h r Problem. Aber den „Alleinpächtern" von humanistischen Werten ist auch zu sagen, dass sich die meisten Menschen nicht gern vorschreiben lassen, was sie zu denken, zu äußern und zu tun haben.

Jüngstes Beispiel ist der geforderte Bezug zur christlichen Religion in der CDU-verordneten Neufassung des sächsischen Schulgesetzes. Stellt man weitere aktuelle Fakten daneben, wird eine Offensive erkennbar – gerade von jenen getragen, die sich dem breiten Bündnis gegen Krieg, Sozialraub und Demokratiedemontage versagt haben: In der Diskussion um die europäische Verfassung forderten sich christlich nennende Parteien einen Gottesbezug ein. Ein deutscher Kardinal will das Schwören vor Gericht ohne Gottesbezug nicht länger dulden. Schließlich wird das Kruzifix in Schulräumen eisern verteidigt und wird der weitere Pauschalabzug der Kirchensteuer mit hanebüchenen Argumenten gestützt.

Ist das Mittelalter noch nicht zu Ende, müssen wir uns wieder stärker geistiger Einschnürung erwehren?

• K. RECHT

Leipziger demonstrierten am 15. Januar

Für das Erbe von Karl und Rosa im Kampf gegen den Sozialabbau

LN. Vom Rosa-Luxemburg-Gedenkstein in der Gustav-Freytag-Straße bis zum Liebknechthaus in der Braustraße demonstrierten am 15. Januar etwa 200 Genossen der PDS. Ihr Marsch über die Karl-Liebknecht-Straße erinnerte an die Ermordung der beiden kommunistischen Arbeiterführer vor 85 Jahren.

Die Kundgebung in der Braustraße gestaltete sich dann vor allem zu einem Protest gegen den Bildungs- und Sozialabbau, der in Leipzig besondere Brisanz durch die teure Olympiabewerbung bekommt.

Conny Falken, Vorsitzende des Kreisvorstandes der Gewerkschaft GEW, verwies darauf, dass die Weichen der Politik falsch gestellt seien, wenn 2012 bedeute, dass noch mehr Mittel für Kindergärten, Schulen, Berufsausbildung und Universitäten gestrichen werden. Wer sage, es sei kein Geld da, der sage die Unwahrheit. Die Frage heiße: Wo ist das Geld?

Barbara Höll, ehemalige Bundestagsabgeordnete der PDS, prangerte die alltäglichen Verletzungen der Menschenwürde an. Denn nichts anderes geschehe, wenn Bildung und Gesundheit zur Ware gemacht, wenn Tausende in die Sozialhilfe getrieben und die Möglichkeit, sich den Lebensunterhalt selbst zu verdienen, pervertiert werden.

Es gelte heute mehr denn je, im Sinne von Karl und Rosa dem imperialen militarischen Streben deutscher Großmachtpolitik Zügel anzulegen.

Europawahl am 13. Juni

Abstimmung für soziale Alternativen

Welche Kandidaten braucht die PDS?

LN. Auf dem Europa-Parteitag der PDS am 30. Januar und 1. Februar in der Dresdner Messehalle werden auch die Kandidaten der demokratischen Sozialisten für das neue Europaparlament gewählt. Eine vom Parteivorstand vorgeschlagene Liste hat an der Parteibasis zu erheblichen Diskussionen geführt. In einem vom Leipziger PDS-Stadtchef Volker Külow und anderen gewählten Funktionären unterzeichneten Schreiben an den Parteivorstand wird auf das basisdemokratische Votum für Keith Barlow als Kandidat für die Europawahlliste verwiesen, dem sich die Leipziger Delegierten verpflichtet fühlen. Weiter heißt es:

„Eure euphorische Einschätzung, dass wir mit dieser Zusammensetzung ‚hervorragend für die Europawahlen aufgestellt sind' und damit ‚erneut den Sprung ins Europaparlament schaffen' werden, teilen zumindest in Leipzig viele Genossinnen und Genossen explizit nicht. Dazu fällt 1. die Umsetzung des Prinzips der Offenen Liste – bei allem Verständnis für die Schwierigkeit seiner Umsetzung – zu dürftig aus, und 2. scheint uns der pluralistische Charakter der PDS in der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten nicht angemessen widergespiegelt ...

Auf die Stimme von Sahra Wagenknecht an wirklich prominenter Stelle zu verzichten, wäre aus unserer Sicht nicht nur ein strategischer Fehler, sondern auch wahltaktisch schlicht unklug."

In diesem Sinne äußern sich u. a. auch Prof. Hans-Peter Minetti, Gerhard Zwerenz, Manfred Wekwerth, Klaus Höpcke in einem offenen Brief an den Parteivorstand der PDS: *„Man muss Sahra Wagenknecht nicht in jeder ihrer Analysen und Ideen zustimmen, um sagen zu können, dass sie eine außergewöhnliche Persönlichkeit in der bundesdeutschen Politik ist. Ihre Bereitschaft, auf aussichtsreicher Position für die PDS in den Wahlkampf zu gehen, sollte aufgegriffen und genutzt werden. Diese Möglichkeit zu versäumen, könnte sich als folgenschwerer Fehler für die gesamte Partei herausstellen.*

Sie ist wirtschaftspolitische Sprecherin ihrer Partei und hat sich dank ihrer Kompetenz einen guten Ruf bei Gewerkschaften, Globalisierungskritikern, bei kleineren und mittleren Unternehmen erworben. Sie hat auch große Medienerfahrung. Gibt es eine andere linke Kandidatin, für die sich prominente Kulturschaffende so engagieren würden wie für sie?"

Skandal im Skandal

Ich liege beim Urologen auf der Pritsche. Vorbeugende Krebsfrüherkennung durch sogenannte PSA-Bestimmung ist angesagt. Nebenbei sage ich Schwester Hildegard, dass „Prostess", mein blasenstärkendes Medikament, zur Neige geht. Sie macht eine ernste Miene. „Wissen Sie, dass der Arzt das nicht mehr verschreiben soll? Pflanzliche Mittel sind von der Liste gestrichen! Man bekommt sie natürlich beim Apotheker." Die Schwester gerät in Fahrt. „Da hat sich die Pharmaindustrie wieder mal durchgesetzt! Die chemische Keule muss her, auch wenn es gar nicht nötig ist!"

Während Hildegard mir jetzt ein bisschen Blut abzapft, denke ich: Wenn hier kein Missverständnis vorliegt, dann haben wir inmitten des großen Skandals der „Gesundheitsreform" noch einen Extraskandal, der sich bisher nicht herumgesprochen hat – das Bundeskabinett erlaubt sich, in die ärztliche Behandlungspraxis einzugreifen!

Kaum bin ich dahein, zeigt mir meine Frau ein Faltblatt. „Individuelle Gesundheitsleitungen", ausgelegt bei der Hausärztin. Am Schluss lese ich: „Weiterhin bieten wir Ihnen folgende Untersuchungen an, die nicht von der Krankenkasse übernommen werden: Blutgruppenbestimmung, HIV-Test, Krebsfrüherkennung der Prostata durch PSA-Bestimmung" usw. Vorbeugung also Privatsache!

Zwei Hiebe. Wenigstens auf einen Schlag! **• MAJOR AN**

Chaostage beenden!

Unterschriftensammlung gegen Praxisgebühr

LN. In den Praxen sächsischer Ärzte begann diese Woche eine Unterschriftenaktion gegen die Erhebung der Praxisgebühr.

Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher der PDS-Landtagsfraktion Dr. Dietmar Pellmann: „Wenn inzwischen selbst aus den Reihen der sächsischen CDU Kritik an der Ein-führung dieser Praxisgebühr zu vernehmen ist, so ist das scheinheilig. Es waren doch die Christdemokraten, die im Herbst vergangenen Jahres in den Verhandlungen mit der Regierungskoalition auf einer Praxisgebühr bestanden haben." Seiner Meinung nach sei es besser, eine Fehlentscheidung zu korrigieren, als trotzig daran festzuhalten. Im Übrigen sei überhaupt nicht sicher, ob die Praxisgebühr wirklich zu einer Kostensenkung im Gesundheitswesen beitrage.

„Der Osten ist das Bombodrom der Unternehmerverbände!“

Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS suchte Wege aus der Defensive

Am 16. und 17. Januar trafen sich in Leipzig auf Einladung der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS über hundert Gewerkschafter, PDS-Mitglieder und -funktionäre und Lokalpolitiker. Noch unter dem Eindruck des verlorenen Kampfes der IG Metall um die 35-Stundenwoche im Osten diskutierten sie auf der 9. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS Perspektiven der Gewerkschaften unter den Bedingungen von Agenda 2010 und EU-Erweiterung. Die Dialekte verrieten: So ziemlich alle deutsche Regionen waren vertreten. Und: Auch Polnisch war zu hören.

Das brisante Feld der notwendigen Verständigung umriss Karl-Friedrich Zais, Landessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft Sachsen, gleich bei der Begrüßung: „Halten die alten Sicherungen gewerkschaftlicher Gegenmacht – oder sind die Gewerkschaften schon längst auf der Verliererstrecke?“ Für ihn jedenfalls war „das vergangene Jahr ein verlorenes Jahr“. An dieser Einschätzung ändert auch der Verweis auf den Teilerfolg der Stahlarbeiter nichts.

Bisky: Entwicklung im Osten ist Gift für Westen

Vor 43 Jahren arbeitete Lothar Bisky ganz in der Nähe des Tagungsortes im Plagwitzer Blechverformungswerk an der Schrottpresse. „Damals hatte ich mir Deutschland 2004 anders vorgestellt“, sagte der heutige PDS-Vorsitzende. Die Vereinigung sei um einen schweren Preis vollzogen, resümierte er im Eröffnungsbeitrag. De-Industrialisierung, entwertete Biografien, siebenstellige Arbeitslosenzahlen, ausblutende Landstriche; in der Uckermark spreche man ganz offen von Versteppung. „Die Entwicklung im Osten ist Gift für den Westen.“ Nicht zufällig werde jetzt, nach der ostdeutschen Streikniederlage, im Westen über die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche diskutiert. Ostdeutschland, so Bisky unter starkem Beifall, dürfe kein Experimentierfeld für den Abbau gewerkschaftlicher Rechte werden. Die PDS müsse auch in den Gewerkschaften ihre Stimme erheben.

Überfälliges Thema: Verhältnis zur Regierung

Die anschließende Podiumsdiskussion vereinte den mecklenburg-vorpommerschen Arbeitsminister Helmut Holter (PDS), die stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion im sächsischen Landtag Regina Schulz und Hasso Düvel. Der IG-Metall-Bezirksleiter Berlin, Brandenburg, Sachsen bemerkte: „Die hohe Arbeitslosigkeit gefällt den Arbeitgebern. Sie darf nicht so groß sein, dass soziale Revolten entstehen, aber ein Sockel knapp darunter ist ihnen sympathisch.“ Die Einschüchterung von Gewerkschaftsmitgliedern durch die hohe Arbeitslosigkeit greife; auch der Wegfall der Systemauseinandersetzung seit 1990 zeige Wirkung. Beim Tarifkampf 2003 sei die öffentliche Meinung gegen die Gewerkschaft gewesen. Doch Düvel sieht auch unzureichende Solidarität von Westmetallern: „Der Streik wäre nach drei Wochen gewonnen worden, wenn drei Tage durch die Fernwirkung lang die Automobilproduktion (im Westen) stillgestanden hätte.“ Leider habe es auch lokale Streikbrecher mit PDS-Mitgliedsbuch gegeben. Der Abwehrkampf gegen die Versuche, die 40-Stun-den-Woche wieder deutschlandweit in der Metall- und Elektroindustrie durchzusetzen, wäre viel leichter, „wenn wir im Juni die Arschbacken zusammengehalten hätten.“ Dennoch sieht Düvel keinen Grund, sich entmutigen zu lassen. „Denkt ihr, wenn wir Schwäche ausdünsten, würden wir das hinkriegen?“

Bedauernde Feststellung aus dem Auditorium: Gewerkschaften sind keine außerparlamentarische Opposition. Darauf der Bezirksleiter: Trotz des stattgefundenen Zukunftskongresses der IG Metall sei eine Diskussion über das Verhältnis zu Parteien und Regierung überfällig. „Wenn Kohl mit der Agenda 2010 gekommen wäre, hätten wir doch Krach geschlagen! Wir müssen bündnisfähiger werden!“ Mit anderen Gewerkschaftsfunktionären stimmte Düvel darin überein, dass verstärkt auf europaweite Bündnisse mit außerparlamentarischen Bewegungen gesetzt werden müsse. Er rief – wie auch die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane – zur Teilnahme am europäischen Aktionstag Anfang April auf.

Wenn Sie sich eine neue Brille nicht leisten können, dann haben wir noch verschiedene preiswerte Anstecker.
Marc Ranstetter

Schwabe im Nahkampf

Beim Forum „Ist der Osten noch zu retten?“ sorgte die Einladung von Prof. Lothar Ungerer dafür, dass nicht viel Zeit fürs eigentliche Thema blieb. Denn Ungerer ist jener Bürgermeister von Meerane, der sich vor Ort aktiv gegen den Metallerstreik gestellt hatte. Noch immer behauptete der schwäbelnde Politologe, die IG Metall hätte sich „das Ziel gestellt, einen Flurschaden anzurichten“. Der Streik habe Aufträge regionaler Unternehmen und künftige Investitionen gefährdet und damit das Gemeinwohl beeinträchtigt. Er sieht, dass Investitionen in hochproduktive Technik mit immer weniger neuen Arbeitsplätzen verbunden sind, blieb aber wie vernagelt für den Schluss, dass diese Tendenz letztlich zur Neuverteilung der Arbeit zwingt.

Heinz Hoffmann von der IG-Metall-Bezirksleitung Berlin, Brandenburg, Sachsen machte klar, dass es bei der Tarifauseinandersetzung auch in anderer Hinsicht nicht nur um Wochenstunden ging. „Der VSME (Verband der sächsischen Metall- und Elektroindustrie) hat frühzeitig gesagt: Es besteht die historische Chance, die IG Metall in die Knie zu zwingen.“ Wortmeldung einer Kollegin aus Duisburg-Rheinhausen: „Der Osten ist das Bombodrom der Unternehmerverbände!“

Als es schließlich doch um Zukunftsperspektiven für den Osten ging, bemerkte der Bezirkssekretär: „Ich habe *Aleksa* gelesen (das Alternative Landesentwicklungskonzept der PDS für Sachsen) – eine hochinteressante, ganz spannende Diskussionsgrundlage!“ Hoffmann ermunterte die PDS, in den Betrieben zu wirken, etwa über Betriebsräte.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Zukunft des Ostens – das bedeutet auch verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn. Über Risiken und Chancen der EU-Osterweiterung für die Gewerkschaften sprach Hanjo Lucassen, Bezirksvorsitzender Sachsen des DGB. Sie sei „die Antwort auf eine von Krieg gekennzeichnete Geschichte“. Der DGB habe inzwischen entlang der bisherigen EU-Außengrenze über 40 interregionale Bündnisse geschmiedet: die *Gewerkschaftsräte*. Polnische Gäste dankten ausdrücklich für die Zusammenarbeit. Heiko Kosel (PDS) überreichten sie eine Bergarbeiterskulptur – er bedankte sich auf Polnisch.

Notlagen und Notlügen

Auch Kenntnisse über die Entwicklung der Bundesrepublik, wie sie Harald Werner vom PDS-Vorstand in einem Referat über die Perspektiven des Sozialstaats bot, gehören zum Erfahrungsschatz von grenzüberschreitendem Wert. Anhand von Reallöhnen, Renten, Mitbestimmung, Kündigungschutz, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Lohnersatzleistungen skizzierte der gewerkschaftspolitische Sprecher der PDS Phasen des bundesdeutschen Sozialsystems: bis 1974 Auf- und Ausbau des Systems, 1975–1998 beginnender Sozialabbau, 1999 Übergang zum „Umbau“ des Systems, ab 2003 offener Systemwechsel.

Werners Haupteinwände gegen die *Agenda 2010*: „Die Begründungen sind falsch; die Ziele werden nicht erreicht; die notwendigen Reformen werden nicht angepackt.“ Nicht Notlagen des Staatshaushalts herrschten, sondern Notlügen. Die Steuerreform werde keinen neuen Arbeitsplatz schaffen; hingegen dürfte der Kaufkraftverlust von 9,3 Milliarden Euro, den das neue Arbeitslosengeld II (Sozialhilfe) mit sich bringt, rund 75000 Arbeitsplätze in der Konsumgüterindustrie und im Handel kosten. Der Abbau des Sozialsystems diene der Gegenfinanzierung der Steuerreform, die nur Spitzenverdienern zugute komme.

Gegen dieses neoliberale Konzept wolle die PDS dafür sorgen, dass eine *Agenda sozial* in die Köpfe kommt.

• D. MERBITZ / G. BRAUN

SO SEHE ICH DAS

Stimme im Betrieb

Kein Zweifel: Die Einladung der AG Betrieb & Gewerkschaft kam zur rechten Zeit. Die Schere zwischen den Herausforderungen an die Gewerkschaften und ihrer momentanen Wirksamkeit klafft beträchtlich. „Wir haben Gewerkschaften, aber noch keine Gewerkschaftsbewegung“ (Harald Werner). Die PDS wiederum – weit entfernt, Gewerkschaften noch als „Transmissionsriemen“ zu betrachten – muss sich mitverantwortlich fühlen. Mich durchzuckte es jedenfalls, als Heinz Hoffmann die PDS aufforderte, in Betrieben zu wirken – auch über Betriebsräte. Damit berührte der Sekretär der IG-Metall-Bezirksleitung Berlin, Brandenburg, Sachsen einen wunden Punkt von Zusammensetzung, Organisation und Wirksamkeit der demokratischen Sozialisten. Seine Ermunterung steht im Einklang mit Lothar Biskys Forderung, die PDS müsse ihre Stimme auch in den Gewerkschaften erheben: Hoffmann konkretisierte den selbstkritischen Appell.

Stimme im Betrieb erheben – das heißt Menschen gewinnen, die das wollen und die das können. Unwillkürlich denke ich an Bernt Kamin aus Hamburg, Hafenarbeiter und zugleich stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Bundesfachbereichs Verkehr und Hafenarbeiter von ver.di. Als der Dreizentnermann auf der Konferenz schilderte, wie vom Hamburger Hafen aus grenzüberschreitend Arbeitskampf gegen Tarifbruch durch Fremdfirmen geführt wurde, wie die Kollegen aus Nieder-lagen lernten, wie Lobbyarbeit für Arbeiterinteressen in Nachbarländern funktioniert und wie Arbeiter zu De-monstrationen „vor Schiff“ motiviert werden, erhielt er stürmischen Beifall. Alle spürten: Das ist einer, der will und der kann.

Auch die PDS kann solche Menschen finden, wenn sie will.

• GOTTFRIED BRAUN

Amtsrichter befiehlt Kadavergehorsam

LN-Gespräch mit dem totalen Wehrdienstverweigerer Ringo Ehlert

Ringo, den Lesern unserer Zeitung bist du ja kein Unbekannter mehr. Nun fand am 13. Januar in Ueckermünde der bisher letzte Verhandlungstag statt. Würdest du für uns das Urteil zusammenfassend darstellen?

Das Urteil lautet 60 Tagessätze zu 40 Euro plus Gerichtskosten. Die Staatsanwaltschaft hatte 10 Monate Freiheitsentzug auf 2 Jahre Bewährung plus 2000 Euro Bußgeld beantragt, die Verteidigung Freispruch. Die mündliche Begründung des Richters war für mich hanebüchen, denn er stellte ein einfaches Wehrstrafgesetz über die grundgesetzlich garantierte Gewissensfrei-heit – die als Lehre aus dem fa-schistischen Krieg eben höher wiegen sollte als jedes einfache Gesetz. Warten wir die schriftliche Begründung ab. Die Verteidigung hat auf jeden Fall Rechtsmittel eingelegt.

Eure Verteidigungsstrategie bestand im Wesentlichen aus vier Eckpfeilern: Dass du von der Annexion der DDR durch die BRD sprichst und dass du in keiner Besatzerarmee und Angriffsarmee mit faschistischen Traditionen dienen kannst, durchaus aber in der NVA. Das macht deine totale Kriegsdienstverweigerung zu einer BRD-Verweigerung, was dich politisch von den sonst üblichen Verweigerern unterscheidet.

Im Verlauf des Prozesses und später im Plädoyer des Staatsanwalts sowie in der Begründung des Urteils durch den Richter bestätigte sich, dass sie nicht im Geringsten auf den politischen Inhalt meines Falles eingehen wollten. Damit stellte dieses Gericht wie auch in der letzten Hauptverhandlung sein Unvermögen zur Schau, auch nur einen Punkt in meiner Begründung widerlegen zu können. Staatsanwalt und Richter äußerten zudem, dass der gesamte Inhalt meiner Begründung nicht Gegenstand des Verhandlung sei. Dass sich der Staatsanwalt mit seinem (abschreckend wirken sollenden) Strafmaß dennoch letztlich nicht durchsetzte, ist nur unserer gründlichen Vorbereitung zu verdanken; aber auch der ungeheuren Mobilisierung der FDJ. Richter und Staatsanwalt wussten, dass sie den Ball sehr flach halten mussten, Aufsehen musste vermieden werden.

Im Vorfeld der bisherigen Prozesstermine, vor allem auch während deiner 67 Arresttage gab es eine breite Solidarität (LEIPZIGS NEUE berichtete), die nicht zufällig unter der Losung „Nein zur BRD und ihrer Armee!" stand. Ist das Kapitel jetzt abgeschlossen?

Wie gesagt, wir werden prüfen, inwieweit der Prozess weiter geführt wird. Auf jeden Fall bleibt die Kampagne für uns aktuell. Denn nichts hat sich an den Zuständen, die sie erforderlich machen, geändert. Kein Bundesbürger darf gezwungen werden, sein Land am Hindukusch zu verteidigen! So starten wir beispielsweise eine Plakataktion, bei der sich mehrere ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR an die Seite unserer Kampagne stellen.Gemeinsam wollen wir Widerstand gegen diesen Staat, der nicht der unsrige ist, und seine Armee, bekunden. Es gab schon sehr gute Resonanz auf diese Aktion. Alle ehemaligen Angehörigen, die bewusst in den bewaffneten Organen der DDR dienten, wollen wir ansprechen und zur Mitarbeit anregen. Informationen über die Aktion sind über die FDJ zu beziehen.

Außerdem stehen mehrere Jugendfreunde in absehbarer Zeit vor der gleichen Situation wie ich vor zwei Jahren. Einige haben jetzt schon angekündigt, sich keinesfalls widerstandslos ins Angriffsheer Bundeswehr einzugliedern.

Weitere Infos zum bisherigen Prozessverlauf: www.FDJ.de

Soli-Konto:
Ringo Ehlert,
Kontonummer:483782961,
Deutsche Bank Rostock
BLZ: 13070024

Arbeitslosigkeit im Osten

Frisiert und lackiert

Die vom Münchner Institut für Wirtschaftsforschung jüngst in der LVZ veröffentlichte Analyse des deutschen Arbeitsmarktes dürfte viele am Geschehen Interessierte geschockt haben. Instituts-Chef Hans Werner Sinn kritisierte, dass etliche Arbeitslose mittels statistischer Maßnahmen „versteckt" werden und deshalb die richtige Zahl bei 7,5 statt der angegebenen 4,3 Millionen liege. Dabei geht es vor allem um Menschen, die nach langer ergebnisloser Suche resignierten und ihre Meldung nicht erneuerten.

Im Osten tragen noch besonders die „Abwanderer" oder Flüchtlinge zur „Verschönerung" der Statistik bei. Gehen wir von den arbeitsfähigen Personen aus, die hier sind bzw. waren, dann beträgt, die reale Arbeitslosigkeit wohl an die 40 Prozent. Doch ohne Bedenken bleibt die frisierte Zahl weiter „cool" im Umlauf. Trotz der Kosmetik stieg die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit im Osten auf 1,623 Millionen Personen um fast 200 000.

Die Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer schrumpfte erneut, und zwar um 164 353 auf 5,2 Millionen – mit Gesamtberlin. Der Zugang an offenen Stellen verringerte sich um 108 000 auf 630 700, und der aktuelle Stellenbestand weist nur eine Stelle für 35 Arbeitslose aus. ABM und Weiterbildung wurden gegenüber dem Vorjahresmonat kräftig reduziert, um 12 810 bzw. 50 830. Ende Dezember waren 742 unbesetzte Ausbildungsstellen verzeichnet und es gab 9153 noch nicht vermittelte Bewerber. Nicht weniger prekär ist die Situation junger Menschen nach der Ausbildung.

Der arbeitsmarktpolitische GAU 2003 von Schröder und der Wirtschaft wurde leicht gemildert durch rund 50 000 geförderte Ich-AG und andere Existenzgründungen. Hingegen erwiesen sich Job-Center und Personal-Service-Agenturen als Flop. Das umfangreiche Analysematerial wurde wie immer den Medien zugeleitet aber wieder besonders von den Rundfunk und Fernsehleuten blockiert. Und Herr Schröder verweigerte wie immer dem Parlament, den Medien und damit den Bürgern hierüber persönlich Rechenschaft zu geben und schickte seinen Wirtschaftsminister und den Chef der Bundesagentur, Gerster, mit ein paar Fragmenten bewaffnet an die Front. Dieser Stil ist zwar nicht sonderlich demokratisch, aber fast alle nickten ihn ohne Proteste ab ... • JOACHIM SPITZNER

Tiefensee vor Honecker

Zum Interview mit Wolfgang Tiefensee in der LVZ vom 17./18. Januar 2004 gäbe es viele inhaltliche Einwände und manchen methodischen Hinweis zur Gesprächsführung nachzutragen. Ich will es bei einem Beispiel belassen. Soll man lachen oder weinen, dass der Oberbürgermeister in der ihm eigenen Jovialität sanfte Medienschelte üben konnte, ohne dass auch nur ansatzweise von den drei Journalisten widersprochen wurde? „Obwohl auch da ein Team erfolgreich war", so Tiefensee über seine Rolle als Frontmann bei der Olympiabewerbung, „wurde ich fast allein von den Medien in den Himmel gehoben."

Schon ein kurzer Blick in das Tiefensee-Grußwort für das inzwischen eingestampfte, weil von kritischen Reflexionen gänzlich unberührte IHK-Buch „*Das Ergebnis heißt Leipzig. Auf dem Weg zu den Olympischen Spielen 2012*", enthüllt die Blauäugigkeit seiner Argumentation. Hier liest man nichts von einem erfolgreichen Team. Dafür kann der fleißige Leser auf den folgenden 196 Seiten insgesamt 66 mal den Oberbürgermeister auf Fotos in Aktion sehen.

Zum Vergleich eine Zahl aus der Ära des Personenkults. In der international vertriebenen Autobiografie von Erich Honecker „*Aus meinem Leben*", die immerhin doppelt so umfangreich war und einen Zeitraum von nahezu 70 Jahren umfasste, ist E. H. 82 mal abgelichtet – der fotografische Jubel-Faktor ist damit beim früheren SED-Generalsekretär und eigentlichen Erfinder der Leipziger Olympiabewerbung um einiges geringer als bei seinem olympischen Nachfolger.

• VOLKER KÜLOW

SPORT

Problemlösung auf der Herrentoilette

In der Sportarena zu Leipzig, am 30. Dezember des abgelaufenen Jahres. Die zierlich wirkende, blonde Ingrida Radzevikiute kann den Ball tatsächlich mit nur einer Hand fangen und – auch werfen. Wenn sie ihn in die Maschen des gegnerischen Tores setzt, verkündet der Hallensprecher mit jubelndem Timbre ihren Vornamen und das Publikum, in überwältigender Mehrheit Männer, hängt brüllend den Familiennamen der geborenen Litauerin dran: „Ratschediekuhdie". Der „Lautsprecher" kann noch mehr. Er dirigiert das Publikum, das ihm bereitwillig folgt: „Und jetzt Applaus für unseren Gegner." Vorsichtshalber ernennt er diesen zur weltbesten Mannschaft. Auf den Rängen herrschen Wohlwollen und Zufriedenheit. Der Westen zeigt es dem Osten, die Leipzigerinnen führen im Endspiel des Masters-Turniers 2003 gegen Ljubljana. Am Spielfeldrand sitzen auf Gymnastikbänken fünfzehn bis zwanzig männliche (!) Handballfans und schlagen ihre Pauken und Trommeln, dass es nur so dröhnt. Die Turniertage sind nicht ohne Spuren an ihnen vorbeigegangen, ihr Ruf: „Haa-Tze-Ell" klingt sehr heiser.

Die Mädels auf dem Spielfeld sind in der eigenen Mannschaft nett zueinander. Sie klatschen ihre erhobenen Hände zum Zwecke des Mutmachens gegeneinander, geben sich bei Fehlern beschwichtigende Klapse auf den Po oder bedanken sich für gute Zuspiele, die zum Torerfolg führten, mit Handschlag und dankbarem Blick.

Im Gegeneinander gibt es solcherlei Aufmerksamkeiten natürlich nicht. Da wird geklammert, geschoben, gehalten, gedrängelt und gecheckt, dass die Schiedsrichterinnen kaum mit Pfeifen nachkommen. Man nennt dies heute – „fighten" und wer viele Tore wirft, hat einen „Killerinstinkt". Zu ihnen gehört die lange Grit. Wenn sie „hochsteigt" und „abzieht", dann „klingelt" es meistens. Sie hat alles im Blick, bedient die Mitspielerinnen mit scharfem „blindem" Anspiel und kann mitreißend jubeln. Das Publikum rast. Der sportverletzte Trainer der Olympiastädterinnen hüpft aufgeregt auf seinem gesunden Bein vor der Auswechselbank hin und her. Beim Dirigieren der Angriffe fällt er ab und zu vor Aufregung wegen der unerwarteten Siegesmöglichkeit nach hinten und in die weichen Arme der Auswechslerinnen, die ihn feixend wieder hinstellen.

Hinter dem Südtor sitzt scheinbar unbeeindruckt vom Geschehen der ehemalige Nationaltorwart der DDR und Olympiasieger Wieland Schmidt. Begeisterung ist nicht zu erkennen, die Hände bleiben unten. „Cool", wie es heute heißt, analysiert er die Paraden der Torhüterin, die ähnlich wie ein Pferd Kapriolen macht, also mit gespreizten Armen und Beinen in die Luft springt und auf das Glück hofft. Ab und zu speist er einen bei ihm sitzenden Journalisten mit Erkenntnissen wie: „Grandiose Leistung". Es geht hin und her, hoch und runter und zuletzt gewinnt Leipzig. Verdient, wie alle Zuschauer übereinstimmend meinen. Der Jubel bricht von den Traversen, die Mädels aus der Messestadt fallen sich um den Hals. Sie haben etwas kaum für möglich Gehaltenes erreicht.

Der Fachmann fragt sich überrascht, wie sie es nur geschafft haben. Über einem Pissoirbecken in der Arena-Toilette steht in Kopfhöhe die Antwort. Ein kleines Plakat des HCL verkündet dort: „Wenn's läuft, dann läuft's!" Kann man zustimmen. • MANFRED BOLS

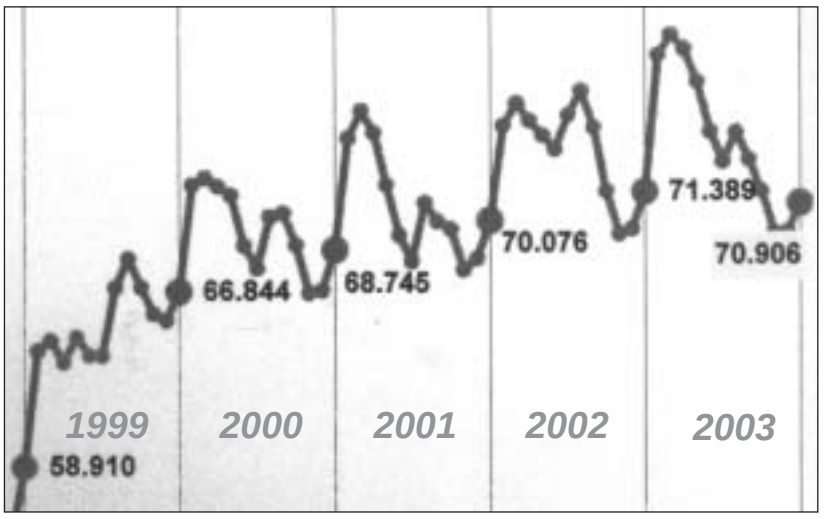
Das Arbeitsmarktjahr 2003

Seit 1. Januar 2004 heißen die Arbeitsämter Agenturen für Arbeit, die Landesarbeitsämter Regionaldirektionen und die Bundesanstalt heißt Bundesagentur für Arbeit. Die alten Behördennamen werden noch eine Weile kursieren – bis die Briefköpfe, Vordrucke und Publikationen aufgebraucht und bis neue Schilder angefertigt sind. Ein Signal der Sparsamkeit, nachdem die Bundesanstalt mit ihrem maßlosen Aufwand für Imagepflege öffentlich Anstoß erregt hatte?

Das Jahr 2003 war gekennzeichnet von einer Reihe Neuerungen auf dem Markt der Arbeit, Vorboten der noch einschneidenderen Reformschritte, die Anfang 2005 in Kraft treten. Der Stand der Arbeitslosigkeit aber war Ende vergangenen Jahres gegenüber dem Dezember 2002 nur wenig verändert. Im Bereich der Leipziger Agentur gab es trotz erleichterter Schritte in die Selbständigkeit nur 483 Arbeitslose weniger als vorm Jahr, in Sachsen 11500 weniger, im Bundesgebiet Ost sogar 120 000 und in der BRD insgesamt 91 000 mehr. Anzeichen einer Wende sind nicht erkennbar. Ergebnisse von Statistikbereinigungen sind nicht ausgewiesen.

Im Agentur-Bereich Leipzig sank die Anzahl der freien Stellen von 4042 Ende 2002 auf 2352 Ende 2003 (durch intensivere Vermittlung und rückläufige Zugänge). Das bedeutet: eine Stelle für 30 Arbeitslose. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen ist auf den Höchststand von 33154 geklettert und erreichte einen Anteil von 46,8 Prozent an allen Arbeitslosen – und das trotz Ich-AG, zügigerer Stellenvermittlung, Zeitarbeitsangeboten der Personal-Service-Agenturen und anderen Stimulatoren. Im jetzigen Stand spiegelt sich auch der starke Rückgang von ABM und Weiterbildung.

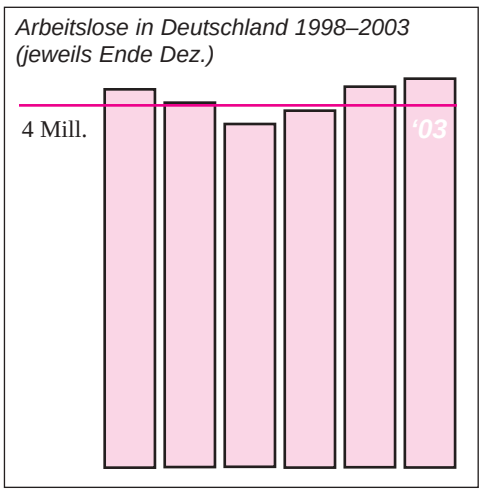
Doch das dicke Ende kommt erst: Da das geringe Wirtschaftswachstum, wie für 2004 vorausgesagt, noch kaum Impulse für die Einstellung von mehr Arbeitskräften geben wird, bleiben von den Reformen nach Hartz zunächst nur der wachsende Druck auf die Arbeitslosen durch Zumutung ungewohnter und schlechter bezahlter Arbeit und längere Arbeitswege sowie erhebliche finanzielle Einbußen oder die oft risikosreiche Selbständigkeit. Doch selbst wenn die letzte freie Stellen vergeben würde, wäre nur wenig gewonnen, aber viel an bis jetzt verbliebenen sozialen Rechten und Menschenwürde verloren. • *G. L.*

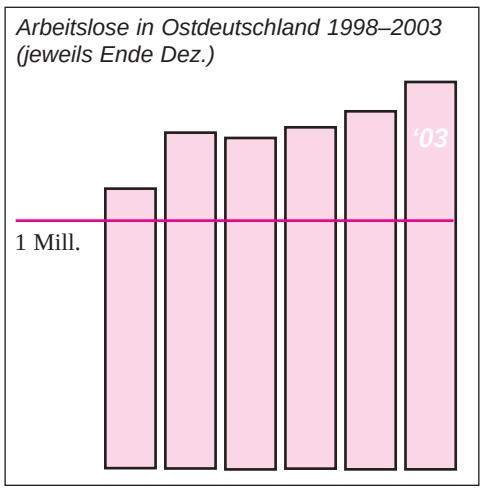


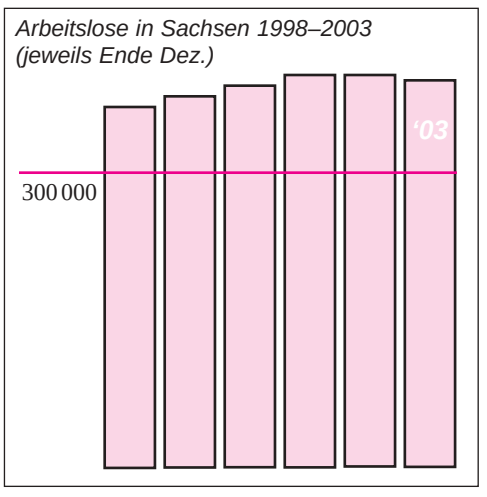
Die Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Leipzig in den vergangenen fünf Jahren. Die Zahlenangaben beziehen sich jeweils auf den Stand Ende Dezember.

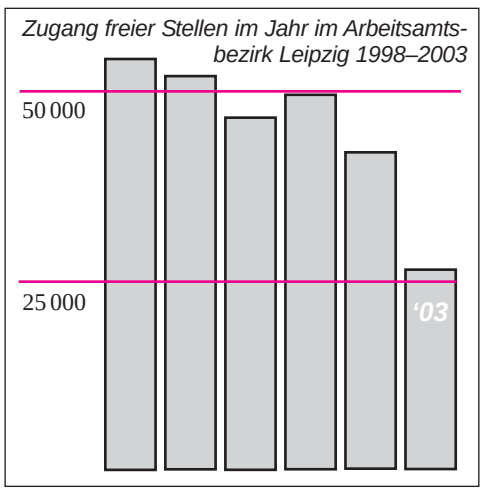
Warten auf die Wende

Trotz stärkeren Drucks auf die Arbeitslosen, trotz Förderung von Ich-AG und Zeitarbeit bewegte sich 2003 kaum etwas auf dem Arbeitsmarkt – in Leipzig, in Sachsen, im Osten, in Deutschland. Selbst „Statistikbereinigungen" erbrachten nur zum Teil geringere Arbeitslosenzahlen.









Was bringt BMW?

Welche Hoffnungen kann man an den Produktionsstart des Leipziger BMW-Werkes hinsichtlich der Entlastung des Arbeitsmarktes knüpfen? LN hatte überspannte Erwartungen bereits bei Verkündung der frohen Botschaft im Sommer 2001 gedämpft. Dass das berechtigt war, scheint sich jetzt zu bestätigen. Von den bis Ende November 2003 durch BMW eingestellten 1400 Personen waren nur 329 (darunter 56 Frauen), also etwa jeder Vierte, zuvor arbeitslos.

Dass sich wenigstens ein Teil der eingestellten Arbeitskräfte für den gewerblich-technischen Bereich aus Arbeitslosen rekrutiert, war möglich durch das gemeinsam von der Puul GmbH (Stadt Leipzig), BMW und den Landesarbeitsämtern Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens betriebene Projekt *Poleposition*. Es ist darauf gerichtet, die Chancen Arbeitsloser für eine erfolgreiche Bewerbung bei BMW durch dreimonatige Trainingsprogramme zu verbessern.

Mit den folgenden Kursen soll auch der Frauenanteil erhöht werden.

Schwerpunkt ist jetzt die Fortbildung von Vorarbeitern und Ingenieuren. Seit diesem Monat läuft das neue Projekt *Poleposition Engineering*, das die Chance insbesondere arbeitsloser Ingenieure aus der Region erhöhen soll. (Bewerbung unter *www. jobimpuuls.de*).

Wie viele der 5500 angekündigten neuen Arbeitsplätze im neuen Automobilwerk letzlich tatsächlich Arbeitslose besetzen werden, bleibt zunächst offen – das letzte Wort hat BMW. • *L.*

Junge Leute ohne Anstellung

Auf den ersten Blick scheint die Jugendarbeitslosigkeit in Sachsen und auch in Leipzig im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen zu sein. Im Bereich Agentur für Arbeit Leipzig hatten vor einem Jahr 8151 junge Menschen im Alter bis 24 Jahren keinen Arbeitsplatz. Im Dezember des vergangenen Jahres waren es nur noch 6787. Wieviel junge Menschen aber haben gerade wegen dieser Misere Leipzig und Sachsen verlassen, um in Bayern, Baden-Württemberg oder anderen Bundesländern eine Arbeit aufzunehmen? Erst kürzlich ergab eine Befragung, das auch künftig die Landesflucht andauern wird. 27 Prozent der Befragten 1000 Jugendlichen gedenken ihren Heimatort zu verlassen.

Über ein Jahr ohne Arbeit

Wer mindestens ein Jahr ohne Beschäftigung ist zählt in der Statistik als Langzeitarbeitsloser. Ihre Anzahl ist auch im Raum Leipzig in den letzten Jahren ununterbrochen angestiegen; ihr Anteil näherte sich inzwischen der 50-Prozent-Marke. Er betrug jeweils am Jahresende:

	absolut	*Prozent*
1998	19311	32,8
1999	21754	32,5
2000	26053	37,9
2001	26874	38,3
2002	28845	40,4
2003	33154	46,8

Bemerkenswert ist, dass es sich dabei durchaus nicht nur um ältere Arbeiter und Angestellte handelt. Nur etwa ein Drittel ist älter als 50 und fast 19 Prozent sind jünger als 35 Jahre.

ABM auf Sparflamme

Die Anzahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist in den vergangenen Jahren und namentlich im Vorjahr überall stark zurückgefahren worden. Im Leipziger Raum sank sie von 6734 am Ende des Jahres 2000 auf 4683 Ende 2002 und nunnehr auf 3216 im Dezember 2003. Ein Grund dafür ist, dass viele Betriebe und Vereine ihren Finanzierungsbeitrag nicht mehr aufbringen können.

Fortbildung im Sinkflug

Die vom Arbeitsamt geförderten Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die im Jahre 2002 noch 5396 Personen in Anspruch nehmen konnten, gingen im Vorjahr auf 2313 zurück. Dabei rührt das drastische Absinken der Teilnehmerzahl vor allem aus der Festlegung, 70 Prozent der Teilnehmer müssten in Arbeit vermittelt werden können.

Studenten vor der Tür

PDS-Fraktionsvorsitzender Prof. Peter Porsch *in der Hochschuldebatte des Landtags:*
Ich fühle mich heute hier fast in die Uni Leipzig versetzt. Dort ist Alltag, was wir heute hier erleben, nämlich dass mehr Studierende vor dem Raum stehen, in den sie eigentlich hinein wollen, als hineinpassen. Deshalb, Herr Ministerpräsident und Herr Staatsminister Rößler, gehen Sie doch bitte hinaus vor die Türe dieses Hohen Hauses und sehen Sie sich doch an, was Ihr sogenannter Hochschulkonsens wirklich wert ist. Ziehen Sie dafür Arbeitsschutzbekleidung an, denn er wird Ihnen möglicherweise um die Ohren fliegen. ... Sie haben das unterschriebene Papier, seine Ratifikation werden Sie nie erhalten. Denn niemand anderer als die Studierenden müssten dieses Papier ratifizieren, wenn es je in Kraft treten sollte. Warum aber sollten die Studentinnen und Studenten damit einer Hochschulpolitik zustimmen, die schon zwischen 1994 und 1999 1000 Stellen an den Universitäten und Hochschulen weggekürzt hat, der bis Ende 2004 weitere 415 Stellen zum Opfer fallen werden ... Die Studierenden sind die unmittelbar Betroffenen, die Gesellschaft hat es mit einer hochgradigen und akuten Gefährdung ihrer Entwicklung auszubaden. Deshalb stehen die Studentinnen und Studenten auch hier vor der Tür.

PDS-Fraktion: Strategiepapier zur Diskussion gestellt

Konzept für Sachsens Zukunft

LN. Die PDS-Landtagsfraktion hat der Öffentlichkeit ihr „Alternatives Landesentwicklungskonzept" vorgestellt. *„Entweder wird das Land den Aufstieg hin zu einer selbsttragenden, innovativen und zukunftsfähigen Entwicklung schaffen oder herabsinken zu einer strukturschwachen, alimentierten Region mit einigen Leuchttürmen"*, erklärte dazu Fraktionsvorsitzender Peter Porsch. In dieser Situation könne es kein Weiter-so-Durchwursteln im Stile des Kabinetts Milbradt geben. Als Aspekte des Programms hob er hervor:

Neues Leitbild für Sachsen. Da das Land nicht arm ist, können beträchtliche wissenschaftlich-technische, wirtschaftliche und kulturelle Potenziale zum Wohle aller entfaltet werden.

Ohne Solidarpakt II und Fortführung der EU-Förderung, ohne Ansiedlungsstrategien und gesamtdeutsche Strukturpolitik kann Sachsen jedoch die Herausforderungen nicht meistern. Zugleich muss die Landespolitik eigene Akzente setzen. Sachsen ist als modernes Bildungs- und Kulturland mit stärkeren Investionen in Bildung, Wissenschaft und Kultur zu profilieren und zugleich als Tor nach Osteuropa auszubauen.

Neue Aufbruchstimmung. Dem Aufbruch nach der Wende folgte eine Phase der Stagnation. Schwarzer Filz erstickte Engagement und Wettbewerb, Bürokratie hemmte den Erfindergeist. Neue Herausforderungen bedürfen aber neuer Kooperationen, neuer Allianzen von Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Sozialbereich und Kultur. Die Politik kann dabei inspirieren und moderieren, wenn sie nicht alles ablehnt, was von einem anderen parteipolitischen Absender vorgeschlagen.wird.

Neue Wirtschaftsentwicklung. Die PDS plädiert für eine Konzentration öffentlicher Fördermittel auf: Zukunftstechnologie, Kooperation von Wissenschaft, Hochschulen und Betrieben, regionale Zuliefer-, Dienstleistungs-, Produktions- und Vermarktungsketten sowie grenzübergreifende regionale Marktstrukturen.

Neue Arbeit. Erheblich mehr Beschäftigung ist möglich durch gezielte Auftragsvergabe an Unternehmen aus der Region und Projekte eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Die Verantwortlichen aus Ostdeutschland müssen weiter Druck machen für eine Korrektur der Bundespolitik.

Neue Regionalförderung. Ein Landesprogramm soll die Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen erhöhen. Leipzig soll Modellstadt für die Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur werden.

CDU boxt im Landtag ihr weltanschaulich verengtes Schulgesetz durch

Chance für moderne Schule vertan

LN. Die CDU-Mehrheit im sächsischen Landtag – mit 60 von 120 Stimmen so knapp wie nie bei einer maßgeblichen Frage – beschloss in der vorigen Woche ein neues sächsisches Schulgesetz. Der Bildungsauftrag zur Vermittlung ethischer Werte wird darin dominierend an die „christliche Tradition im europäischen Kulturkreis" geknüpft.

PDS und SPD – beide hatten eigene Schulgesetzentwürfe vorgelegt – versuchten mit gleichlautenden Änderungsanträgen, vergeblich, die strittige Passage herauszunehmen. Erst nach verfassungsrechtlichen Bedenken des Juristisches Dienstes des Landtags wurde das Wort „insbesondere" vor der fraglichen Formulierung eingefügt.

PDS-Fraktionschef Prof. Peter Porsch verwies auf den weltanschaulichen Pluralismus Nathans des Weisen,nannte das Vorgehen der Union „schwerste Inquisition" und kündigte eine Verfassungsklage an. Der Abgeordnete Prof. Cornelius Weiss (SPD) sprach von einem verfassungswidrigen Angriff auf die weltanschauliche Neutralität der Schulen und André Hahn (PDS) von einem „Missionsauftrag der Schulen" und einer „staatlich verordneten Christianisierung".

Nach einer Blitzumfrage der des Instituts für Marktfoschung unter 510 Sachsen wollen 81 Prozent eine weltanschaulich neutrale Schule, und nur 16 Prozent befürworten eine christliche Orientierung.

André Hahn bewertete das Gesetz insgesamt als „Stückwerk ohne Reformansatz" und befand sich damit in Übereinstimmung mit dem Urteil des Landesschülerrates.

Signal aus Stollberg

Bei der Wahl des Bürgermeisters der erzgebirgischen Kreisstadt Stollberg am 11. Januar gewann der Kandidat der PDS, der parteilose Marcel Schmidt, im ersten Wahlgang 72 Prozent der Stimmen.

Der Stollberger PDS-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Klaus Tischendorf, gratulierte dem neuen Bürgermeister und erklärte dabei: „Damit hat sich als richtig erwiesen, dass sowohl die örtliche PDS als auch ich von Anfang an auf einen jungen dynamischen Mann aus unserer Region gesetzt haben."

Der gescheiterte Bürgermeisterkandidat und Kreisvorsitzende der CDU, Vorberg, hatte noch in der Schlussphase des Wahlkampfes auf eilig verteilten Flugblättern vor einer „verhängnisvollen Linksfront" gewarnt.

Luftnummer

Sachsen habe im Gegensatz zu anderen Ländern bisher keinen Cent der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für Ganztagsschulen abgerufen, kritisierte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gunther Hatzsch. „Ganztagsschulen sind vom Kultusminister offensichtlich nicht gewollt." Daran ändern auch ganze zehn Versuchsschulen nichts. Minister Mannsfeld seien offenbar die Chancen, die Ganztagsangebote böten, überhaupt nicht klar. Stattdessen entpuppe er sich als Schönfärber und melde kurzerhand 1300 Ganztagsschulen, obwohl es praktisch keine gibt. „Der Minister hat einfach entgegen der Definition der Kultusministerkonferenz alle Schulen mit Hort zu Ganztagsschulen erklärt."

SACHSEN-CHRONIK

(7. bis 20. Januar)

7. Januar

Profen. Das Braunkohlenunternehmen Mibrag beginnt den Neuaufschluss der Grube Schwerzau an der Landesgrenze von Sachsen und Sachsen-Anhalt. Bis 2006 werden jährlich 33 Millionen Kubikmeter Abraum bewegt. Die Kohle soll an Mibrag-Partner in Schkopau, Chemnitz und Dessau geliefert werden.

Chemnitz. Die Anzahl der versicherungspflichtigen Beschäftigten in Sachsen ist nach Angaben des Landesarbeitsamtes in den letzten acht Jahren um 287 302 auf 1,39 Millionen zurückgegangen.

8. Januar

Dresden. Der SPD-Landesvorstand hebt seinen Beschluss zur Urwahl des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2004 auf. Landtagsfraktionschef Thomas Jurk wird auf den ersten Platz der Kandidatenliste und Landesvorsitzende Constanze Krehl auf den zweiten Platz der Kandidatenliste gesetzt. Gemeinsam sollen beide die gesamte Liste erarbeiten.

9. Januar

Dresden. Wie das Gesundheitsministerium mitteilt, sind im vergangenen Jahr auch in Sachsen nicht alle geschlachteten Rinder auf BSE getestet worden.

Dresden. Die PDS-Landtagsfraktion hat ein neues Strategie-Papier für die Landesentwicklung erarbeitet. Es umreißt Ziele für die Zukunft Sachsens auf den Gebieten Wirtschaft, Bildung, Kultur und Soziales (s. o.).

13. Januar

Dresden. Die Landesregierung beschließt, dass die Mietverträge von umzugsunwilligen Mieter in Abrisshäusern leichter gekündigt werden können.

14. Januar

Dresden. Die PDS-Landtagsfraktion kündigt an, einen Gesetzentwurf zum Kleingartenwesen in den Landtag einzubringen. Die Kleingärtner sollen von hohen Abgabenlasten befreit werden und die Mitbestimmungsrechte in der Kommune erhalten.

Chemnitz. Zwei Männer überfallen eine Sparkassebfiliale und erbeuten dabei Bargeld in unbekannter Höhe.

15. Januar

Lausanne. Mitarbeiter der Olympia-GmbH Leipzig übergeben dem IOC termingerecht den beantworteten Fragebogen der Bewerberstadt.

Dresden. Das Arbeitsgericht weist eine Klage des sächsischen Verbandes der Metallarbeitgeber gegen die IG Metall zurück, in der die Rechtmäßigkeit der Streik-Urabstimmung vom Frühsommer 2003 angezweifelt worden ist.

Heuersdorf. Die Braunkohlengesellschaft Mibrag wirft dem Gemeinderat von Heuersdorf vor, sich fortgesetzt der Abbaggerung des Ortes zu widersetzen und damit den Bergbau der Region in der Substanz anzugreifen. der Gemeinderat erwägt eine gerichtliche Klage.

Dresden. Eine fraktionsübergreifende Gesetzesinitiative im Landtag sieht einen Wegfall von Diäten-Zulagen für Abgeordnete für Fraktionsfunktionen vor, die eine jährliche Einsparung von 600 000 Euro erbringen soll. Sie soll erst nach der Neuwahl in Kraft treten.

16. Januar

Dresden. Rund 5000 Studenten demonstrieren vor dem Landtag gegen die Hochschul- und Sparpolitik der sächsischen Regierung. Die Landtagssitzung wird für eine halbe Stunde unterbrochen, als Leipziger Studenten auf der Besuchertribüne eine Rede von Minister Rößler (CDU) mit Zwischenrufen und ironischem Beifall bedenken und Polizei die Demonstranten abführt.

Leipzig / Dresden. Der MDR trennt sich endgültig und mit sofortiger Wirkung von Nachrichtensprecher Ronald Lässig wegen der Nutzung eines MDR-Computers „für außerdienstliche Zwecke" – der Sendung von E-Mails an SPD-Mitglieder. Lässig ist Landtags-Direktkandidat der SPD.

Dresden. Ein vom Landtag mit den Stimmen der CDU beschlossenes Gesetz erlaubt, von Mitarbeitern in Sicherheitsbereichen und ihren Angehörigen intime Angaben zu Gesundheitszustand und Sexualleben, rassischer und ethnischer Herkunft, politischen Meinungen u. a. auszuforschen.

19. Januar

Dresden. Sachsens Kassenärzte beginnen wegen der Belastung mit Verwaltungsaufgaben in ihren Wartezimmern eine Unterschriftenaktion gegen die Praxisgebühr für Patienten.

Zwischenlandung in Rossitten

Gesehen, gehört und notiert auf der Kurischen Nehrung

von BRUNO SCHWEITZER

DER VOGELZUG GEN SÜDEN über dunkle Wälder, kristallne Seen und Ackerbreiten ist auch in vergangenen Herbstwochen vonstatten gegangen. Ornithologen allerwärts haben nun zu tun, entsprechende Daten des Jahres auszuwerten und mit wissenschaftlichen Erkenntnissen anzureichern. So auch auf einem Landstrich, der weltbekannt ist für Forschungen über heimische und Zugvögel aller Art: die Biologische Station bzw. vormals Vogelwarte Rossitten auf der Kurischen Nehrung, die heute zur Hälfte zum russischen Territorium in Nordostpreußen gehört. Vor zwei Jahren begingen die Wissenschaftler und Ornithologen dort das 100-jährige Bestehen ihrer Einrichtung. Ein Besuch ist für Experten und Touristen auf jeden Fall buchenswert.

Prof. Sokolow gibt vor der großen Vogelfanganlage Erläuterungen. Foto: B. Hein

An einem schönen Sommertag hatten wir, eine Gruppe Reisegäste des Chemnitzer Reiseveranstalters Valentin Osteuropareisen, wiederum Gelegenheit, uns in der Rossittener Vogelwarte umzuschauen und ebenso aufschlussreiche wie anschauliche Erläuterungen des Chefs der Fangstation, Prof. Leonid Sokolow (ins Deutsche übersetzt Leonid Falke), aufzunehmen. Als Demonstrationsobjekt diente ein soeben eingefangener Fitislaubsänger. Mit geübtem Griff die Vogelbeinchen zwischen den Fingern und das Köpfchen zwischen Daumen und Zeigefinger gehalten, zeigte der Professor, was in der Station praktiziert wird. Das Vogelweibchen bekam einen Ring passender Größenordnung verpasst und durfte nach Feststellung des Gewichts (7 Gramm), der Flügelspannweite und des Geschlechts und nach Eintrag der Daten in die Registratur wieder in die Freiheit schwirren.

Erstaunlich, dass in Rossitten auch Schmetterlinge registriert werden. Sie erhalten oberhalb des Hauptflügels nahe am Rumpf eine Nummer aufgestempelt. Ein Pfauenauge diente hier als Anschauungsobjekt. Man möchte es beinahe nicht glauben: Aus Afrika kam eines Tages eine solche Rückmeldung. Auch diese Tierchen flattern in großer Höhe über die Alpen, doch sie kehren nie zurück, aber dafür ihre Jungen.

Sokolow greift in seine Rocktasche und hält einen kleinen rundlichen Gegenstand über sich, der spezifische Piep-Töne von sich gibt. Es ist ein Lock-Mäuserich. In der Station wird er als Veteran geschätzt. Im Verlaufe von Jahrzehnten hat er in Oktobernächten bis dato an die 1000 Eulen ins Netz gelockt.

Auf großen Tabellarien im Förstereigelände nahe der Großreuse kann man sich über das Ausmaß dieser wissenschaftlichen Fleißarbeit informieren. Säuberlich registriert sind Beringungsergebnisse allein von 116 Sperlingsvogelarten (Sing- und Schreivögel) seit 1956. Total sind es 2,27 Millionen Vögel. Davon wurden allein auf der Nehrung 1,28 Millionen gezählt. Rekord halten hier Buchfinken mit 683 133 insgesamt; pro Jahr 2051 und mit einem maximalen Tagesrekord von 5881. Den Buchfinken folgen in der Häufigkeit: Wintergoldhähnchen (insgesamt 299 660), Kohlmeisen, Fitislaubsänger, Blaumeisen, Tannenmeisen, Schwanzmeisen, Singdrosseln und immerhin noch 17 833 Gartengrasmücken.

Bemerkenswert auch die Häufigkeit bei Teichrohrsängern, Gelbspöttern, Mönchgrasmücken, Amseln, Eichelhähern, Trauerschnäppern, Gartenrotschwanz, Heidelerche, Wiesenpieper oder Rotkehlchen.

Professor Sokolow, der sich in der biologischen Station längerfristig besonders mit dem Projekt Invasionsvogelarten befasst, gibt dann noch ein Kuriosum zum Besten: Zu einem Oktoberdatum waren die Mitarbeiter Tag und Nacht bis zum Geht-nicht-mehr gefordert. Rund 9000 Vögel waren in Netz und Reuse gelandet und mussten ohne Verzug abgefertigt werden. „War das ein verrückter Tag", sagt er. „Kaum Zeit zum Luftholen. Da war schon mal ein Glas Wodka nötig, um sich rund um die Uhr aufrecht zu halten."

Von den Mitarbeitern besonders begrüßt werden solche Oberflieger wie Wanderfalke, Rauchfußkauz oder Wiedehopf. Gern hätte man auch mal solche seltenen Vögel der Nehrung im Netz wie Seeadler, Kormoran, Schwarzstorch, Roter Kranich oder Schwarzmilan, aber die haben mit der Station nichts im Sinn.

Ein Phänomen ist es schon, was sich in der Vogelwarte abspielt. Zum einen wird das Prinzip der kleineren Zugvögel weidlich genutzt, möglichst den Landweg der Kurischen Nehrung (vom Memeler Tief bis Cranz rund 100 Kilometer) bei ihrer Reise zu passieren. Sie scheuen lange Seewege. Zum anderen bietet die große Reuse nahe der biologischen Station (zu der eine große Ausstellungshalle, Vogelvolieren, Laboratorien, technische Räume und Wohnräume gehören) optimale Bedingungen. Die Großreuse im heutigen Rybatschij ist mit einer Eingangsöffnung von 30 Meter Breite und 15 Meter Höhe sowie einer Gesamtlänge von insgesamt 60 Metern die weltgrößte. Aus dem kleinen Käfig am Ende gibt es kein Zurück mehr. Die Vögel werden dort von den Mitarbeitern wie reife Kirschen „abgenommen". In der Saison von März bis November werden in Rybatschij weitere drei Großreusen eingesetzt.

Wenn vom hundertjährigen Wirken der Vogelwarte bzw. der Biologischen Station Rossitten/Rybatschij die Rede ist, dann muss auch von den sie prägenden Persönlichkeiten die Rede sein. In erster Linie betrifft das Prof. Johannes Thienemann. Er kam 1896 dorthin. Der beeindruckende Vogelzug und die faszinierende Landschaft der Kurischen Nehrung sollten ihn nicht mehr loslassen. Und so gründete er am 1. Januar 1901 zunächst als private Unternehmung für Feldbeobachtung die Vogelwarte. In der Folge wachsenden Ansehens ging die Einrichtung 1923 über in eine Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Der gebürtige Thüringer leitete die Vogelwarte bis 1926. Er starb, 75jährig, 1938 in Rossitten, wo sich auch sein Grab befindet. Sein Nachfolger war der Zoologe Prof. Ernst Schütz, von 1929 bis 1936 Kustus und ab da bis 1944 Direktor der Vogelwarte.

Durch Kriegseinwirkung waren wichtige wissenschaftliche Unterlagen verloren gegangen. Aus den Rossittener Forschungsergebnissen vor dem zweiten Weltkrieg ist hervorzuheben, dass 1931 die Ausstellungshalle mit umfangreichen wissenschaftlichen Dokumentationen über die Vogelwarte und die Tierwelt der Kurischen Nehrung geschaffen wurde. Von 1903 bis 1944 sind in Rossitten mehr als eine Million Vögel mit den Ringen der Vogelwarte gekennzeichnet worden.

Am 9. Oktober 1903 ließ Thienemann eine von Krähenfängern gekaufte und erstmalig beringte Nebelkrähe wieder auf. Die Zahl der gemeldeten Wiederfunde insgesamt lag 1930 bei etwa 13 000. Am auffälligsten war 1911 und 1912 bei Lachmöven je eine Rückmeldung aus der Karibik und von der Südküste des Golfs von Mexiko – eine Flugdistanz von 14 000 Kilometern. 1906 wurden in Rossitten und anderen Orten einige Tausend frei lebende Jungstörche beringt. Einer Zählung zufolge hatte es in Ostpreußen im vorangegangenen Jahr 67 825 Störche gegeben. Das bot reichlich Anlass zu wissenschaftlichen Forschungen. Nach Thienemanns Recherchen wählen die norddeutschen Störche eine sogenannte Ostroute bis nach Südafrika, während jenseits der Weser die west- und süddeutschen Störche über Gibraltar nach Nordwestafrika fliegen. Und überhaupt, die Forscher von der Vogelwarte haben ein breites Spektrum von Phänomenen untersucht: Biologie, Verbreitung, Verhalten verschiedener Arten, Orientierung während des Vogelzuges, Populationsdynamik usw.

Die russische Akademie der Wissenschaften gründete 1956 die Biologische Station Rybatschij. Ziel war, die Untersuchungen zum Vogelzug, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch deutsche Ornithologen begonnen worden waren, fortzusetzen und weiter zu entwickeln. Neuer Direktor (mit damals sieben Spezialisten) wurde Prof. Lew Betopolski (bis 1967). Im Jahre 1965 gründete er das Zoologische Institut der Universität Kaliningrad und wurde dessen Leiter.

Die erste Großreuse, eine so genannte Helgolandreuse, datiert aus dem Jahr 1957. Im Verlaufe der Jahre sind Rybatschij-Großreusen in vielen weiteren Beringungsstationen der Sowjetunion nachgebaut worden. Bereits 1971 waren die Zahlen der Wiederfänge groß genug, um einen „Atlas des Vogelzuges" zu veröffentlichen. Als weitere Forschungsgebiete sind beispielsweise anzuführen: Untersuchungen zur zirkanuellen Rhythmik (innere Uhr der Vögel) , Registrierung biometrischer Daten, zur Registrierung von Alter und Geschlecht bei Singvögeln wie auch bereits seit 25 Jahren moderne Verfahren der Datenspeicherung.

Eine neue Etappe der wissenschaftlichen Arbeit in der Station begann 1992/93, als am Rossittener Kap im Rahmen eines 10-jährigen wissenschaftlichen Programms in Partnerchaft mit Radolfzell eine neue Fangnetzanlage installiert wurde. Dadurch soll ein langjähriges Monitoring von Singvögelpopulationen ermöglicht werden. Gemeinsam mit Radolfzell ist übrigens ein Experiment zum Vogelzug der Weißstörche des Kaliningrader Gebietes mit Hilfe der Satelliten-Telemetrie gestartet worden.

Aus Partnerschaften zwischen Rybatschij und wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland ist ferner hervorzuheben, dass auf Initiative der Heinz Sielmann-Stiftung-Duderstadt, gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Verhaltenspsychologie und dem Freundeskreis zur Förderung des Tier- und Vogelschutzes auf der Kurischen Nehrung eine fortwährende Hilfsaktion für Rybatschij ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, eine der wichtigsten Forschungseinrichtungen auf der europäischen Vogelzugroute zu erhalten.

Polen und Deutsche – Umsiedlung / Vertreibung

Wolfgang Bittner entfachte mit seinem Beitrag (LN 23 '03) „Die Gegenwart der Vergangenheit" ein heftiges Kontra, aber auch Pro. Das Verhältnis Tschechen – Deutsche wird einbezogen. Wir ergänzen die Meinungsäußerungen (siehe auch LN 24 '03 und 1 '04) um eine Dokumentation geltender völkerrechtlicher Regelungen.

Ein Versuch, die Täter zu Opfern zu machen

In einem Brief an unseren Autor Prof. Dr. Kurt Schneider schreibt Horst Loos aus Erfurt:

Ich habe seinen (Wolfgang Bittners – die Red.) Artikel mehrmals gelesen und Notizen gemacht, ohne Ihren Artikel gelesen zu haben. Die Notizen könnte ich Ihnen auch schicken ...
Für mich ist das entscheidende Dokument für die Nachkriegsordnung das Potsdamer Abkommen. Es legt auch die vorläufigen Grenzen Deutschlands und die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen, Schlesien usw. fest. Das war der niedergeschriebene Wille aller vier Siegermächte, also nicht nur der UdSSR. Die Aussiedlung erfolgte unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, der von seiten Deutschlands und seiner Verbündeten von vielen Massenverbrechen gekennzeichnet ist, also selbst ein großes Verbrechen war. So ist es nicht verwunderlich, dass es zu Übergriffen gegen Deutsche gekommen ist, zu Tötungen, Vergewaltigungen usw. Immer muss bei der Wertung dieser Verbrechen die Zeit mit ihren konkreten politischen, rechtlichen und moralischen Bedingungen sowie das Verhältnis von Ursache und Wirkung gesehen werden. Mir ist nicht bekannt, dass die Rechtmäßigkeit des Potsdamer Abkommens bezweifelt wird oder gar festgestellt wurde, dass es gegen Recht aller Art verstößt.
So war und ist die Aussiedlung der Deutschen aus den genannten Gebieten *kein Unrecht*. Es sollte niemals vergessen werden, dass Deutschland den Zweiten Weltkrieg mit seinen vielen Millionen Toten begonnen hat.
Der Versuch, die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges mit denen bei der Aussiedlung gleichzusetzen, ist auch falsch, und zwar vom Charakter und der Anzahl her.
Ich möchte auch bemerken, dass das Verhältnis der Deutschen zu den Polen in diesen Gebieten bis 1939 auch kein freundschaftliches war. Die Polen waren unterdrückte Minderheit. Sie haben die Macht des deutschen Staates besonders zu spüren bekommen. Die Polen waren auch Zielscheibe des ausgeprägten deutschen Nationalismus, der nicht ausgestorben ist, sondern in den Köpfen vieler Bundesbürger steckt. Diese deutsche Überheblichkeit war Bestandteil der gesamten Erziehung – ich habe sie auch erlebt, und ich habe mich manchmal dafür geschämt. Daran ändert auch nichts, dass nationalistische Gedanken von polnischen Politikern und Journalisten geäußert werden.
Der Bau des „Zentrums gegen Vertreibung" ist für mich der große Versuch, sich der historischen Schuld zu entziehen und die Täter zu Opfern zu machen. Diesen Inhalt haben schon einige Fernsehfilme und Bücher.
Herr Professor, Sie haben die Auseinandersetzung mit Herrn Bittner sachlich geführt und haben ihn nicht persönlich angegriffen, sondern haben ihn und seine Leistungen gewürdigt. Jedenfalls ist die Auseinandersetzung Anlass, sich Gedanken zu machen, was ich auch getan habe. Ich selbst bin in Rodenstein, Kreis Goldop in Ostpreußen, geboren und habe mich von allen Aktivitäten der Landsmannschaft ferngehalten.

„Falsche Rechtfertigung"

Als Heimatvertriebener aus Karlsbad / Karlovy Vary ist für mich die Argumentation von Wolfgang Bittner und Dr. Heinz Sänger gut nachvollziehbar. Auch heute noch wird die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat – nicht selten mit Mord und Totschlag verbunden – mit den Gräueltaten der Nazis gerechtfertigt. Und es fehlt auch manchmal nicht an Zynismus, wenn die demagogische Losung des Sudetendeutschen Konrad Henlein vom „Heim ins Reich" dabei bemüht wird und den Vertriebenen Schuldgefühle eingeredet werden. ...
Der Verweis auf Potsdam, wo alles geregelt worden sein soll, macht die Vertreibung mit ihren üblen Begleiterscheinungen nicht weniger kriminell. Abgesehen davon begannen in der Tschechoslowakei schon vor dem Potsdamer Abkommen die „wilden Vertreibungen". ...
Übrigens sollten die linken Kräfte in Deutschland das Feld „Vertreibung" nicht den Konservativen überlassen und sich stärker für die Belange der Heimatvertriebenen einsetzen und initiativreich sein. Interessant wäre z. B. eine Dokumentation über Vertriebene in den neuen Bundesländern, wie sie in der SBZ und in der DDR integriert wurden und welchen Anteil sie beim Aufbau nach dem Krieg hatten.

• **GÜNTHER RÖSKA**, LEIPZIG

Begriffe aus der Zeit des Kalten Krieges

Als Zeitzeuge und Betroffener (ich bin Umsiedler aus Königsberg / Kaliningrad – meine Frau war Flüchtling aus Masuren) möchte ich zur laufenden Debatte „Polen und Deutsche" einige Bemerkungen machen:
Die Berufung Prof. Schneiders auf das Potsdamer Abkommen hinsichtlich der Beschlüsse zur Umsiedlung („Überführung") der deutschen Bevölkerung aus den ehemals deutschen Gebieten erfolgte völlig zu Recht (siehe § XIII des Abkommens). Die Potsdamer Beschlüsse waren und sind ein völkerrechtlich gültiges Abkommen. Das bestätigt die Anerkennung der dort festgelegten Grenzen durch die BRD in den mit Polen und der Tschechischen Republik von Anfang der 90er Jahre. Auch die Zugehörigkeit Kaliningrads (Königsbergs) zu Russland (§ VI. der Potsdamer Dokumente) stellt bekanntlich niemand in Frage. Daran ändern Aussagen über die „Nichtanerkennung" der Potsdamer Beschlüsse durch „Deutschland" bzw. durch die etablierte bundesdeutsche Geschichtsschreibung wenig.
Die Begriffe „Überführung", „Ausweisung" und „Umsiedlung" sind die offiziellen Termini der alliierten Beschlüsse. Das ist z. B. im Plan des Alliierten Kontrollrats vom 20. November 1945 über die „Umsiedlung der ausgewiesenen deutschen Bevölkerung nach den vier Besatzungszonen" nachzulesen. Damals hatte der kalte Krieg noch nicht begonnen! Die Begriffe „Vertreibung", „Vertriebene", Heimatvertriebene" dagegen stammen aus dem in der Zeit des Kalten Krieges in der BRD geprägten Vokabular der „Vertriebenenverbände", fanden dann Eingang in die regierungsamtliche politische Sprache. Eine Umkehrung dieses Sachverhaltes ist eine Verdrehung der Tatsachen.
Auch in seinem Beitrag in LN 1 '04 akzeptiert W. Bittner faktisch nicht die Kausalität von Ursachen und Wirkung, die zum Verlust deutscher Territorien und allen schlimmen Folgen für die deutsche Bevölkerung führten. Das zeigt leider die Abfolge seiner Feststellungen zum Beitrag von Kurt Schneider wie auch sein Eintreten für das von den Vertriebenenverbänden geforderte „Zentrum" in Berlin, das unser gutnachbarliches Verhältnis zu Polen und Tchechien nur stören und weiter belasten würde.

• **DR. SC. G. HARTMANN**, NEUBRANDENBURG

■

Die auf den *FORUM*-Seiten von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

DOKUMENTE ZUM THEMA

■ Aus dem **Potsdamer Abkommen** vom 2. August 1945

XIII. Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile
Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:
Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, dass der Alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist. Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung, der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß geprüft haben.

■ Aus den **Richtlinien für die Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile** (Alliierter Kontrollrat, 16. November 1945)

1. Die gesamte aus Polen auszusiedelnde deutsche Bevölkerung (3.5 Millionen Personen) wird in der sowjetischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands zugelassen.

2. Die gesamte aus der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn auszusiedelnde deutsche Bevölkerung (3150000 Personen) wird in der amerikanischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zugelassen.

3. a) Die Bevölkerung wird versuchsweise (vorläufig) wie folgt auf die Zonen verteilt werden:
(a) in die Sowjetzone
aus Polen 2,00 Millionen
aus der Tschechoslowakei 0,75 Millionen

Fortsetzung auf Seite 9

Für einen kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdiskurs

Die nachstehende am 10. August 2003 in Gerolstein initiiere Erklärung wurde bisher von fast 400 Persönlichkeiten aus 19 Ländern unterzeichnet.

Kaum eines Themas wurde in der Geschichte der Bundesrepublik so umfassend erinnert und gedacht wie der Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. In fast jeder deutschen Stadt steht ein Gedenksiein, fast überall erinnern lokale Mahnmale an diesen Teil der deutschen Geschichte. Die wissenschaftliche Forschung zum Thema war von Beginn an umfangreich, wie auch die literarische Verarbeitung und die öffentliche Auseinandersetzung.
Ungeachtet dessen steht das Thema Flucht und Vertreibung heute wieder auf der politischen Agenda. Ein „Zentrum gegen Vcrtreibungen" soll entstehen, in dem Erinnern und Gedenken ihren Platz bekommen sollen.
Die Erinnerung der Vertreibung hat ihren legitimen Ort im individuellen Gedenken der Menschen, fest verwurzelt in einer pluralen und kontroversen Erinnerungslaridschaft der Bundesrepublik. Bei der aktuellen Forderung geht es aber um etwas anderes: Hier soll ein zentrales Mahnmal entstehen, mitgetragen aus öffentlichen Mitteln und abgesichert durch staatliche Weihen. Ein Zentrum, das ein einheitliches Geschichtsbild etablieren und durchsetzen soll.
Die große Gefahr, die dieses Ansinnen in sich birgt, besteht in einer staatlich sanktionierten Umdeutung der Vergangenheit, ja einer Revision der Geschichte und der Torpedierung eines auf europäischen Dialog angelegten gesellschaftlichen und politischen Diskurses.
Wir sagen es mit aller Deutlichkeit: Ein „Zentrum gegen Vertreibungen" würde der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nutzen, könnte aber statt dessen die unterschiedlichen Erfahrungen der europäischen Nationen in Frage stellen und damit die europäische Integration behindern. Mehr noch: Aller mühsam erarbeitetc Fortschritt beim Bau eines gemeinsamen Hauses Europa könnte gefährdet werden.
Dabei sehen wir vor allem zwei Gefahren in historischer und politischer Dimension. Historisch betrachtet droht eine Entkontextuallsierung der Vergangenheit, die Negation des ursächlichen Zusammenhangs von NS-Volkstums- und Vernichtungspolitik auf der einen und Flucht und Vertreibung der Deutschen auf der anderen Seite. Die politische Gefahr besteht insbesondere in der Ethnisierung von gesellschaftlichen Konflikten, also der Umdeutung von politischen und sozialcn Kontroversen in ethnische und damit der Zementierung eines völkischen Verständnisses von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.
Statt über Details eines „Zentrums gegen Vertreibungen" zu debattieren, sollte eine europäische Aufarbeitung der Vcrgangenheit sich auf einen pluralen, kritischen und aufgeklärten Diskurs gründen.

Fortsetzung von Seite 8

(b) in die britische Zone
aus Polen 1,50 Millionen
(c) in die amerikanische Zone
aus der Tschechoslowakei
1,75 Millionen
aus Ungarn 0,50 Millionen
(d) in die französische Zone
aus Österreich 150 000 Personen

b) Die französische Zone wird mit der Aufnahme erst nach dem 15. April 1946 beginnen.

4. Es wird für möglich gehalten, sofort nach Bestätigung dieses Planes mit der Zulassung von Bevölkerungsteilen der obengenannten Länder in Übereinstimmung mit nachstehender Übersicht zu beginnen: während Dezember 1945 10 Prozent, Januar/Februar 1946 5 Prozent, März 15 Prozent, April 15 Prozent, Mai 20 Prozent, Juni 20 Prozent, Juli 1947 10 Prozent der Gesamtzahl.
Je nach der Wetter- oder der Transportlage oder sobald mehr Einzelheiten bezüglich der zu überführenden Personenzahl vorliegen, können Veränderungen vorgenommen werden ...

5. Die Ausführung dieses Planes darf nicht mit der Durchführung des früher getroffenen Abkommens bezüglich des Kopfaustauschs deutscher Flüchtlinge zwischen den einzelnen Zonen kollidieren.

6. Sofort nach Akzeptierung dieses Planes sollen die Regierungen der Tschechoslowakei und Polens sowie die Kontrollkommissionen in Österreich und Ungarn von den darin enthaltenen Einzelheiten informiert werden.

■ Aus dem **Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze** vom 14. November 1990

Artikel 1
Die Vertragsparteien bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze, deren Verlauf sich nach dem Abkommen vom 6. Juli 1950 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze und den zu seiner Durchführung und Ergänzung geschlossenen Vereinbarungen (Akt vom 27. Januar 1951 über die Ausführung der Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen; Vertrag vom 22. Mai 1989 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht) sowie dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen bestimmt.

Zur Freilassung von Egon Krenz

Aber Genossen, so geht das doch nicht!" rief aufgebracht der im Oktober 1989 überstürzt gewählte neue Generalsekretär der SED, Egon Krenz. Er war am Abend des 8. November 1989 von demonstrierenden Genossen der eigenen Partei gezwungen worden, die zehnte und letzte ordentliche Tagung des ZK der SED kurzfristig zu verlassen, um mit ihnen zu diskutieren. Die Antwort der Menge waren Pfiffe und Protestrufe. Plakate wurden hochgehalten mit fordernden Inschriften wie: *SED = Sozialismus, Ehrlichkeit, Demokratie*.
Erstaunen und Hilflosigkeit zeichneten sich auf dem Gesicht des Generalsekretärs ab. Egon Krenz drehte sich hilfesuchend um. Aber da war niemand, der ihm Unterstützung geben konnte. Von ihm persönlich wurden jetzt Taten verlangt und Entscheidungen erwartet
Am 3. Dezember 1989 werden Politbüro und Zentralkomitee der SED gezwungen, zurückzutreten. Am 6. Dezember muss Egon Krenz seinen Rücktritt als Vorsitzender des Staatsrates erklären. Am 21. Januar 1990 wird er aus der PDS ausgeschlossen und legt im gleichen Monat sein Volkskammermandat nieder. Ab 1992 ist er arbeitslos.
1993 beginnen die Ermittlungen wegen der Todesschüsse an der innerdeutschen Grenze und der Anstiftung zur Wahlfälschung. Im Juli 1995 erhebt die Berliner Staatsanwaltschaft Anklage wegen „Totschlags und Mitverantwortung für das Grenzregime der DDR".
Im August 1997 verurteilt ihn die Große Strafkammer im Landgericht Berlin wegen Totschlags in vier Fällen zu einer Haftstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten. Im November 1999 bestätigt der Bundesgerichtshof die Haftstrafe. Am 11. Januar 2000 lehnt das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde von Krenz ab. Am 13. 1. muss er die Haft antreten, aus der er erst am 18. 12. 2003 wieder entlassen wird.Am 19. 11. 2001 bestätigt der Europäische Gerichtshof in Strasbourg das Urteil als gerechtfertigt.

Egon Krenz war der Typ des treuen, disziplinierten Parteisoldaten. Gehorsam ging vor Zweifel, die er durchaus hatte, Solidarität vor Kritik. Seine beste Zeit hatte er als Vorsitzender der FDJ. Im Jugendverband war er als ehemaliger Lehrer und Propagandist in seinem Element. Engagiert setzte er sich für die Freundschaft der Jugend aller Länder, für umfassende Bildung und ein sinnerfülltes Leben der jungen Menschen ein. Und es war immer jemand da, der ihm sagte, was zu tun war: der Genosse Honecker, sein „Freund und Förderer". Die Lobeshymnen des neuen Generalsekretärs Krenz auf Honecker, auch noch in einer Zeit, als dieser aus seinen Ämtern gezwungen wurde, weisen darauf hin, dass Naivität und falsche Loyalität sein Handeln bestimmten.
Als erster Mann im Staat war er überfordert, den Anforderungen, die durch die Krise der Partei und der Gesellschaft an ihn gestellt wurden, war er nicht gewachsen und viele Menschen, die auf ihn hofften, hat er enttäuscht.
Die sich als Sieger der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus fühlende politische Klasse der BRD stellte ihn vor ihre Gerichte und ließ ihn wegen Totschlags aburteilen. Mit den Toten sind Menschen gemeint, die während der Zeit seiner verantwortlichen Tätigkeit an der Spitze des Staates beim Versuch, die Staatsgrenze der DDR zu überwinden, erschossen wurden.
Egon Krenz hat keinen Menschen umgebracht, keine Todesurteile unterschrieben und niemanden zum Totschlag angestiftet. Einen „Schießbefehl" hat er nicht erlassen, ihn gab es nie. Deshalb schuf die westdeutsche Justiz durch eine an das Ziel angepasste Auslegung zahlreicher Gesetze eine zweifelhafte Konstruktion, um ihn und andere führende Repräsentanten trotzdem verurteilen zu können und damit die betroffenen Personen und den Staat DDR zu kriminalisieren. Dabei wurden zahlreiche Hindernisse, wie das Rückwirkungsverbot, die Verjährungsfrist usw. ausgehebelt.

Wer sich näher für die juristischen Probleme interessiert, sollte das außergewöhnliche Buch „Siegerjustiz", 2003 herausgegeben von einem Autorenkollektiv, zur Hand nehmen.
Egon Krenz wurde im übertragenen Sinne dafür verurteilt, dass er nichts unternahm, um das Grenzregime der DDR zu verändern und die Schusswaffengebrauchsbestimmung außer Kraft zu setzen, ein Ansinnen, dass aufgrund des damaligen Kräfteverhältnisses und der Situation, die der Kalte Krieg heraufbeschworen hatte, utopisch erscheint. Das Vorgehen der Justiz, abgedeckt durch den berüchtigten Delegitimierungsauftrag des damaligen Justizministers und ehemaligen Geheimdienstchefs Klaus Kinkel, war in dieser Situation auch möglich, weil die Mehrheit der Bevölkerung der BRD und große Teile der Bevölkerung der DDR, insbesondere die Bürgerrechtler, eine Bestrafung der DDR-Führung forderten oder zumindest billigten.
Mit der Verurteilung zu mehreren Jahren Freiheitsentzug, die weniger seiner Person, als seiner Funktion galt, ist Egon Krenz Unrecht geschehen, seine Rechte, ein Anspruch des Einzelnen aus den Gesetzen, wurden verletzt. Diese Tatsache trifft, was die sogenannten Toten an der Mauer betrifft, auch auf andere durch die bundesdeutsche Justiz aus politischen Gründen Verfolgte und Verurteilte zu, insbesondere auf zahlreiche Soldaten und Offiziere der Grenztruppen der DDR.

Egon Krenz hat auf die geschilderten Zusammenhänge während des Prozesses gegen ihn und während der Haft immer wieder hingewiesen, um eine historisch gerechte Beurteilung der DDR gekämpft und sich persönlich standhaft verhalten. Das hat ihm zunehmend neue Sympathien, Respekt und Achtung sowohl im nationalen, als auch internationalen Rahmen eingebracht. Über 30 000 Briefe und mehrere tausend Gesuche für seine Freilassung aus dem In- und Ausland bezeugen das. Schließlich war die Justiz gezwungen, nachdem sie anfänglich eine nach dem Gesetz zulässige vorfristige Haftentlassung abgelehnt hatte, ihn die geraubte Freiheit zurückzugeben.
Die PDS hatte Egon Krenz im Januar 1990 ausgeschlossen wegen seiner Mitverantwortung für die verfehlte Politik der SED. Zu dieser Mitverantwortung hat er sich im Gegensatz zu anderen im wesentlichen bekannt.
Auch das sollte nicht vergessen werden.

• MANFRED BOLS

Walter Ulbricht aß gern Brothäppchen mit Quark, Leinöl und Schnittlauch und trank grundsätzlich und überall nur Beaujolais. Lotte Ulbricht machte jeden Morgen auf dem Balkon Frühgymnastik. Otto Grotewohl war leidenschaftlicher Schmalfilmer und hasste Unordnung auf dem Schreibtisch. Willi Stoph tyrannisierte das Dienstpersonal. Erich Honecker verbrachte seine meiste Zeit bei der Jagd in der Schorfheide und erlegte dabei u. a. 1500 Stücke stattlichen Rotwildes. Frau Mielke war immer allein, und alle wollten privat nicht viel miteinander zu tun haben. Egon Krenz spielte Fußball mit den Kindern.

Ostalgiewelle erreicht Politbüro

„Das Politbüro privat" heißt ein neuer Fernsehfilm von Thomas Grimm, dessen 1.Teil am 13. Januar im Zeitgeschichtlichen Forum vor vielleicht 200 meistens jugendlichen Zuschauern zur Uraufführung kam. Inzwischen lief im MDR der erste Teil im späten Abendprogramm. Ein Buch dazu soll im März 2004 im Aufbauverlag erscheinen.

Zum ersten Mal kommen zahlreiche Angestellte der Siedlung Wandlitz zu Wort. Ruhig und etwas behäbig, teilweise kurios und belustigend, läuft eine Art Sittenbild des Politbüros ab. Die politischen Aussagen sind sparsam gehalten.

Thomas Grimm hatte bereits einen ähnlichen Film: „Die Honeckers privat", gedreht, der im MDR-Sendegebiet eine hohe Einschaltquote hatte. Das Interesse für solche Streifen rührt nach Ansicht des Filmdokumentaristen aus der Tatsache, dass viele das Private hinter den „Mächtigen" aufgrund der in der DDR üblichen Abschottung nicht kannten. In diese Richtung gingen dann auch in der nachfolgenden Podiumsdiskussion viele Fragen der Zuschauer. Wieviel Geld die befragten Zeitzeugen bekamen (Aufwandsentschädigungen, keiner forderte Honorar), ob die Ehefrauen der Politbüromitglieder viel mit den Gärtnern (Gelächter) zu tun hatten (natürlich nicht, die meisten waren berufstätig), ob die Herren sich Pornofilme kommen ließen (nein, nur normale Spielfilme aus dem Westen, die ihnen der Progress-Film-Vertrieb aus dem Angebot „raubkopierte") usw.

Ein ehemaliger Mitarbeiter von Otto Grotewohl findet die Siedlung Wandlitz eines Arbeiter- und Bauernstaates unwürdig. Ein Zuschauer bemängelt, dass das Politbüro auf das Niveau einer Jagdgesellschaft heruntergespielt wird. Die meisten finden den Film eher interessant und amüsant. Die „Mächtigen" waren eben auch nur Menschen.

Thomas Grimm meint, jeder könne das Gesehene selbst in Beziehung zu den Privilegien der Bundespolitiker und ihren Skandalen setzen.

Er hätte übrigens gern weniger Politik und noch mehr Privates gebracht. Die Bürgerrechtler werden das nicht begrüßen. **• M. B.**

Beschwörendes „Buch mit sieben Siegeln"

Neues und Seltenes und Rundfunk- und Gewandhauskonzerten

Zur viel beschworenen Leipziger Tradition gehörte selbst zu Zeiten des oft als konservativ gescholtenen Gewandhauskapellmeisters Carl Reinecke der Einsatz für Neues und zu wenig Beachtetes. Im 20. Jahrhundert erwarben sich beim Rundfunk mit seinem Sinfonieorchester der schon 1931 von Nazis vertriebene Alfred Szendrei, nach 1945 zunächst Gerhart Wiesenhütter und drei Jahrzehnte lang Herbert Kegel große Verdienste.

Nun setzt der Italiener Fabio Luisi auf seine Weise diese Tradition fort. Im 3. MDR-Chorkonzert widmete er seine ganze Kraft dem Oratorium „Das Buch mit sieben Siegeln" nach Worten der Offenbarung des Johannes von Franz Schmidt. Auch wenn der Komponist damit allgemein gegen jedes Unrecht und jedwede Barbarei richtete, können die Text-fassung und die Musik des 1935/37 komponierten Werkes als ein in Gleichnissen formuliertes Menetekel zu den damaligen Geschehnissen in Deutschland und Österreich verstanden werden. Mit bestürzender Ausdrucksgewalt gestaltete Schmidt die biblischen Beschwörungen und Warnungen. Dabei setzte Schmidt für die Schilderung von Katastrophen härteste Dissonanzen ein, fand aber für sehnsüchtige Wendungen tief berührende innige Melodik, Harmonik und instrumentale Klänge. Luisi gestaltete das mit dem MDR-Chor, Solisten und dem Sinfonierochester mit der ihm eigenen Energie und Beschwörungskraft.

Andere Höhepunkte schuf Fabio Luisi nicht nur mit Anton Bruckners neunter Sinfonie, sondern auch mit Edward Elgers Violoncellokonzert im Verein mit dem urmusikantischen MDR-Solocellisten Rodin-George Moldavan. Mit aller Energie setzte sich der Dirigent auch für Krzysztof Pendereckis dritte Sinfonie ein – ein in seinem Ernst und auch in manch gedanklichen Wendungen Dmitri Schostakowitsch nahestehendes, nachdrücklich bewegendes Werk.

In einem Gewandhauskonzert führte der amerikanische Spezialist für Filmmusik, John Mauceri, unter dem Titel „Mythen und Wunder" mit Richard Wagners „Walkürenritt", Gustav Holsts „Jupiter, der Freudenbringer" und Paul Dukas „Zauberlehrling" zu Wurzeln der amerikanischen Filmmusik. Die wuchern kräftig über Miklos Rózsas „Ben Hur"-Musik, John Williams Musik zu „Harry Potter" bis Howard Shores Komposition zum „Herrn der Ringe", zumal in solch opulenter Gestaltung.

Dmitrij Kitajenko stellte in seinem Gewandhaus-Dirigat der feinsinnig und denkbar kultiviert interpretierten fünften Sinfonie von Peter Tschaikowski das zweite Concerto grosso des Russland-Deutschen Komponisten Alfred Schnittke voran. Da stehen den Anfangstakten des Weihnachtsliedes „Stille Nacht" und der Motivik des dritten Brandenburgischen Konzertes von Johann Sebastian Bach herbe heutige Klänge entgegen, werden Gegensätze zwischen Tradition und Gegenwart gehörig ausgespielt.

Großen Andrang löste das Gründungskonzert des „Leipziger studentischen Orchesters"unter Leitung von Norbert Kleinschmidt im Mendelssohn-Saal des Gewandhauses aus. Mit Rumänischen Volkstänzen von Béla Bartók, dem ersten Flötenkonzert von Wolfgang Mozart mit der überzeugenden Solistin Dóra Ombódi und der Sinfonie Nr. 104 von Joseph Haydn hatten sich die mit Begeisterung in ihrer Freizeit musizierenden Studenten anspruchsvolle Aufgaben gestellt. Sie lösten sie mit großer Einsatzfreude Achtung gebietend, wenn auch künftig an den Feinheiten zu arbeiten bleibt.

Zu guter Letzt wartete die Oper Leipzig mit einer Wiederaufnahme von Andreas Homokis frisch gebliebener Inszenierung von Giuseppe Verdis „Traviata" unter Leitung von Ivan Anguélov auf, die aber nur noch am 25., 30. Januar und 1. Februar im Spielplan steht. Einmütig wurden Fiorella Burato in der Titelpartie, Tommi Hakala als Giorgio Germont und der Dirigent in der insgesamt eindrucksstarken Aufführung gefeiert. **• WERNER WOLF**

Gerhard Altenbourg: „Schaukel-Lust und Taumel" 1970, Farbholzschnitt auf Japan

Die Leipziger Galerie am Sachsenplatz bietet wieder einmal außergewöhnliche Kunst. Bereits zum fünften Mal innerhalb von 10 Jahren zeigt sie Arbeiten von Gerhard Altenbourg. Diesmal sind vor allem unikate Drucke, Varianten und Farbproben aus dem Umfeld der WUND-DENKMALE, einem der schönsten und gelungensten Künstlerbücher der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts zu sehen. Über sechs Jahre arbeitete Altenbourg an dem Werk, das als erster Druck der Dürer-Presse im Reclam-Verlag erschienen ist. Alle gezeigten Farbholzschnitte sind bisher noch nie zu sehen gewesen. Da sie zu überaus moderaten Preisen angeboten werden können, besteht eine ziemlich einmalige Chance für einen außergewöhnlichen Altenboug-Erwerb. Ergänzt wird die Schau durch eine schöne Auswahl von Zeichnungen aus allen Schaffensperioden des Meisters.

Die Galerie in der Katharienenstraße 11 ist dienstags,mittwochs und freitags von 13 bis 18 Uhr, donnerstags von 13 bis 20 Uhr und sonnabends von 11 bis 17 Uhr geöffnet.

UNTERM STRICH

Hinter der Fassade ...

Fahre ich mit der 16 in die Stadt, dann führt der Weg zwangslaüfig über die Brücke in der Zwickauer Straße. Von dort aus gerät immer ein hohes Gebäude in mein Blickfeld: die Sendezentrale des MDR.

Da ich leider nicht über den Mauern durchdringenden Blick verfüge, sehe ich zwangsläufig nur die Fassade dieser Meinungsmacher-Fabrik, nicht jedoch, was sich alles dahinter abspielt. Einen kleinen Einblick vermittelt mir nun dieser Tage die Wochenzeitung DIE ZEIT, die sich in einem Dossier mit öffentlich-rechtlichen Rundfunk befasste. Nach Meinung der ZEIT steckt der in der Krise, würde der „Kommerz" und die Politik dessen „journalistische Unabhängigkeit" bedrohen, sei der Bildungsauftrag „bloß noch lästiges Beiwerk" und würde das Programm „flott banalisiert". Wer wolle da widersprechen – ich nicht. Und in diesem Dossier fand ich nun einige Zeilen, die mir einen winzigen Blick hinter die schöne Fassade in der Kantstraße ermöglichte. .Hier sind sie:

„Es gibt Zuschauer, die glauben noch immer, ARD und ZDF produzierten ihre Fernsehsendungen selbst. Ein Irrtum. Vom Publikum weitgehend unbemerkt, haben öffentlich-rechtliche Anstalten mit Bienenfleiß einen Teil ihrer Fernsehproduktion ausgelagert, an geliebte ‚Töchter' oder private Medienfirmen. Sendungen wie Sabine Christiansen *tragen nur noch ein öffentlich-rechtliches Gütesiegel, angefertigt werden sie außer Haus, zum Vorteil der Firma Christiansen. Während der Hessische Rundfunk auf seine ‚Eigenproduktionsfähigkeit' Wert legt, hat der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) das Outsourcing am weitesten getrieben. Innerhalb der ARD gilt der MDR nur noch als Gerippe, als ein Potemkinsches Dorf mit öffentlich-rechtlichen Kulissen.*

Keineswegs geht die Teilprivatisierung immer zu Lasten der Qualität. Aber die redaktionelle Kontrolle schrumpft, und das Sumpfgebiet wächst. Es entstehen Seilschaften, Klüngelkreise und Netzwerke. Eine dieser Männerfreundschaften hat, bislang unwidersprochen, der Spiegel aufgedeckt. So hat sich der MDR von der Firma TV-Media die sechsteilige Serie Ein Kessel DDR *zuliefern lassen. Praktischerweise ist der Firmengründer, der ehemalige Bild-Chefredakteur Hans-Hermann Tiedje, durch einen zarten Beratervertrag mit dem MDR-Intendanten Udo Reiter verbunden – einschließlich ‚Personalberatung', wie der MDR-Pressesprecher freimütig erklärt. Tiedjes TV-Media ist wiederum eine Tochterfirma von WMP EuroCom, also jener PR-Agentur, die auf Bitte von Florian Gerster für die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit eine ‚kreative Kommunikationsdienstleistung' erbringen sollte. Da trifft es sich gut, dass der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) Aufsichtsratsvorsit-zender von WMP ist. Die gebührenpflichtige Quizfrage lautet nun: Wie hieß der Stargast in der Reiter/Tiedje-Sendung* Ein Kessel DDR*?*

Richtig, er hieß Genscher."

Wie gesagt, das ist nur ein kleiner Blick. Was würden wir erst sehen, wenn und der große Blick ermöglich würde.

• ESCH

Eine bemerkenswerte Memoiren-Edition

Obwohl erst seit kurzer Zeit aktiv, hat der Lehmstedt Verlag in seiner Wahlheimat Leipzig bereits zweimal mit spektakulären Entdeckungen aufwarten können. Die eine erschien zum 60. Jahrestag der Bombennacht des 4. Dezember 1943, der vom Verleger Mark Lehmstedt selbst herausgegebene Band *Leipzig brennt* mit bisher noch nie veröffentlichten Berichten und Fotografien unmittelbar Betroffener. Und genau zum 140. Geburtstag des Leipziger Germanistik-Professors Georg Witkowski (1863-1939) legte der Verlag den Erstdruck seiner hinterlassenen Memoiren vor.

Dass diese existieren, war schon vor 30 Jahren öffentlich geworden. Damals hatte Walter Dietze in einer Schriftenreihe der Karl-Marx-Universität eine nicht sehr umfangreiche aber gewichtige Darstellung von Lebensweg und Leistung des 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft aus dem Hochschuldienst Entlassenen veröffentlicht. Um so erfreulicher ist es, nun diese Memoiren ungekürzt lesen zu können.

Dies gilt speziell für den an der Geschichte seines Faches interessierten Germanisten, aber keineswegs nur für diesen. Stellen doch, wie Professor Dietze 1973 hervorhob, „die wissenschaftliche und erzieherische Wirksamkeit Georg Witkowskis eines der Ruhmesblätter in der Chronik der Stadt Leipzig und ihrer Universität" dar. Bemerkenswert und bei weitem noch nicht ihrer Bedeutung entsprechend voll aufgearbeitet sind die Beiträge des Literaturhistorikers zum hiesigen kulturellen Leben vor und nach dem Ersten Weltkrieg, die er durch öffentliche Vorträge, Theaterkritiken und als Vorsitzender des Schiller-Vereins oder des Leipziger Bibliophilen-Abends erbracht hat.

In Witkowskis Erinnerungen gewinnt vor allem die Zeit vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis 1918 kulturgeschichtliche Plastizität. So wenn er über die Bemühungen um Schillerhaus und Schillerdenkmal bzw. eine Faust-Aufführung 1907 berichtet oder das Gesellschaftsleben in gutbürgerlichen Kreisen schildert. Dem deutschen Bildungsbürgertum liberaler Tradition fühlte sich der Sohn einer wohlhabenden jüdischen Familie zugehörig und verpflichtet, auch wenn sein beruflicher Werdegang ihm immer wieder schmerzlich bewusst machte, dass „Nichtarier in der Germanistik zwar als Dozenten zugelassen, aber vor 1918 nie befördert wurden". Woran auch der Übertritt zum Protestantismus, der dem im lessingschen Sinne konfessionslosen Humanisten nicht schwer fiel, kaum etwas ändern konnte.

Auf das Jahr 1914 reagierte er dennoch mit patriotischer Begeisterung über ein Deutschland, in dem nun „jeder Gegensatz der Weltanschauung, jeder Standesunterschied ausgelöscht" zu sein schien.

Die Jahre von 1919 bis 1933 – die „letzten fünfzehn Jahre" bis zum Verlust seines Lehramtes – hat Witkowski in ihrem chronologischen Verlauf nur sehr kursorisch dargestellt. Dies und die darin enthaltenen Aussagen zur Weimarer Republik und ihrer Verfassung, auf die Bernd Weinkauf in seinem informativen Nachwort genauer eingeht, muss wohl ins Verhältnis gesetzt werden zu den Umständen der Niederschrift dieser Autobiographie. Diese begann, nachdem Witkowski im November 1937 aus einer vierzehntägigen Gestapo-Haft entlassen worden war, in die ihn der „staatsfeindliche Inhalt" an ihn gerichteter Briefe gebracht hatte. Und er war zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs entschlossen, Leipzig zu verlassen, musste also damit rechnen, dass sein Manuskript bei einer erneuten Hausdurchsuchung in die Hände der Gestapo fallen würde. Dass er in dieser Situation sein Engagement an der Seite demokratischer Kräfte im kulturellen Leben der Weimarer Republik – etwa als regelmäßiger Autor beim *Leipziger Tageblatt* – eher heruntergespielt als betont hat, ist ebenso naheliegend wie verständlich. Hier müsste heutige wissenschafts- und kulturgeschichtliche Forschung ansetzen, um das ganze Ausmaß und Gewicht der öffentlichen Wirksamkeit von Georg Witkowski herauszuarbeiten. Das Universitätsjubiläum 2009 sollte ein zusätzlicher, aktueller Anlass sein, an der Alma mater lipsiensis die dort vor 30 Jahren von Walter Dietze begonnene Erschließung dieses Erbes fortzuführen und auszuweiten. Mark Lehmstedt, selbst Absolvent der Karl-Marx-Universität und an deren Fachbereich Deutsche Literaturgeschichte, wo das Werk Witkowskis stets mit präsent war, zum Dr. phil. promoviert, hat als Verleger mit der sorgfältigen Edition der Memoiren des Gelehrten dazu günstige Voraussetzungen geschaffen.

• KLAUS PEZOLD

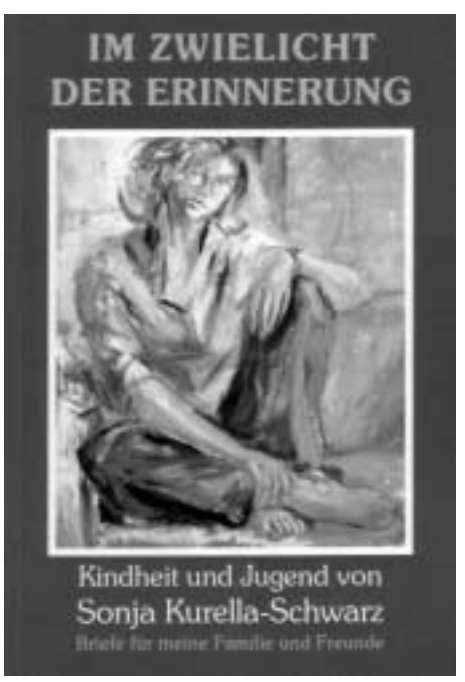
Georg Witkowski: Von Menschen und Büchern. Erinnerungen 1863-1933. Lehmstedt Verlag, Leipzig 2003. 526 S.; Geb., 24,90 Euro

Georg Schwarz' Tochter erinnert sich

Ursprünglich – so teilt die Autorin in ihrer Vorbemerkung mit – ursprünglich wollte sie ja eine Biografie ihres Vaters, des von der Nazijustiz hingerichteten Kommunisten Georg Schwarz, schreiben: „Ende der 60iger Jahre habe ich für die Pioniergruppen, die seinen Namen trugen, eine kurze Biographie geschrieben. Es wurde mir damals schwer, mit dem Material (wie mit dem Hinrichtungsprotokoll) umzugehen, und ich glaubte, wenn ich zeitlich einen größeren Abstand hätte, würde es mir leichter fallen. Das Gegenteil war der Fall. Deshalb wurde die geplante Biographie nicht geschrieben."

Dafür liegt uns Lesern nun eine Sammlung von Briefen an die Familie und an Freunde vor, in denen Sonja Kurella-Schwarz auf ihre Kinder- und Jugendjahre zurückblickt. Und da man über diese Zeit nicht erzählen kann, ohne die Eltern zu erwähnen, so erfahren wir dann doch manches über das Leben des Georg Schwarz, an dem in Leipzig noch immer eine Straße erinnert.

Es ist die Straße, in der Sonja Schwarz groß geworden ist. Damals hieß sie Gundorfer Straße, die Eltern waren 1924, kurz vor ihrer Geburt, in das Haus Nummer 24 eingezogen. Mit erstaunlicher Erinnerungsgabe schildert die Autorin in einem *Brief an eine Kinderfreundin* das häusliche Umfeld sowie die Schulzeit, die weitgehend in die Jahre des Faschismus fielen. Nicht minder plastisch lässt Sonja Kurella-Schwarz in Briefen an ihre Kinder und Enkel den Leser ihre Lehr- und ersten Arbeitsjahre miterleben. Über das individuelle Erleben hinaus, erhält man so zugleich eine Vorstellung vom Leben einfacher Leute im Leipzig der Kriegszeit.



Tief berührend die Schilderung der Verhaftung des Vaters und der Mutter, die Suche nach ihnen in den Leipziger Gefängnissen und der Bemühungen, ihnen Hilfe zukommen zu lassen. Um den Vater vor dem Fallbeil zu retten ist ihr kein Weg zu beschwerlich. Das Gnadengesuch bringt sie persönlich in die Reichskanzlei, zuvor aber sucht sie Heinrich George auf, der ihr jedoch resigniert sagt: „Ich konnte meinen Freunden nicht helfen, ich kann ihnen auch nicht helfen. Es tut mir leid."

Sonja Kurella-Schwarz verlor nicht nur ihren Vater durch das Fallbeil, auch ihr „großer Bruder" Martin Kroll überlebte den Faschismus nicht. In einem fiktiven Brief an den Sohn ihrer Mutter aus erster Ehe schildert sie dessen erschütterndes Schicksal, das seinen Lauf nimmt, als der 17-jährige 1931 verhaftet wird. Bei einer Demonstration in der Lützner Straße soll er einen Sozialdemokraten erstochen haben – eine Tat, die er nachweislich nicht begangen hat. Seine Lebensspur verliert sich, als er im Februar 1945 vom Zuchthaus Bremen-Oslebshausen in das KZ Neuengamme verbracht wird.

Mit ihren Erinnerungen an die Kindheit und Jugend in Leipzig hat Sonja Kurella-Schwarz ein authentisches und zugleich fesselndes Buch vorgelegt, dem eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

• EDMUND SCHULZ

Im Zwielicht der Erinnerungen. Kindheit und Jugend von Soja Kurella-Schwarz. Briefe für meine Familie und Freunde. NORA, Berlin 2003. 247 S.; Br. 17,90 Euro.

Zwischen *Abschied* und *Winterschlacht*

Am 31. Januar 1954 fand im Leipziger Schauspielhaus die DDR-Erstaufführung von Johannes R. Bechers *Winterschlacht* statt. Im Kriegswinter 1941/42 schuf er die *Schlacht um Moskau* – der späteren *Winterschlacht* – in der seine Hamletfigur Johannes Hörder, des-

sen individuelle Tragödie (er kann, dem Faschismus anheimgefallen, sich nur durch den Tod von der Unmenschlichkeit befreien) mit dem welthistorischen Geschehen der Schlacht von Moskau in ein dialektisches Verhältnis gesetzt wird. In der Gegenüberstellung von Szenen, Personen und Monologen, im Wechsel von Vers und Prosa und in der sprachlichen Form wurde sein Reifeprozeß spürbar, den er seit seinen ersten dramatischen Arbeiten durchlief. Johannes Robert Becher wurde am 22. Mai 1891 als Sohn des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Heinrich Becher und dessen Frau Johanna, geb. Bürk, in München geboren. 1911 begann er in Berlin Medizin, Philosophie und Literatur zu studieren. Schon in seinen frühen Gedichten protestierte er gegen soziale Ungerechtig-keit und wurde er zu einem Wortführer und einem der wichtigsten Autoren des linken Flügels des Expressionismus. Er trat 1917 der USPD, 1918 dem Spartakusbundes und ein Jahr später der KPD bei. Nachdem er bereits 1925 wegen seines Schaffens verfolgt wurde, mußte er 1933 das Land verlassen. Im sowjetischen Exil bis 1945 leitete er eine Literaturzeitschrift. Er wurde der erste Präsident des Kulturbundes und Präsident der Akademie der Künste. 1954 wurde er zum Minister für Kultur ernannt. In seiner Jugend verfasste er expressionistische Werke, später machte er sich als Essayist, Lyriker, Drama-tiker und Erzähler einen Na-men. Johannes R. Becher zählte zu den wichtigsten Vertretern des sozialistischen Realismus. Zu seinen bekanntesten Werken gehören: Verfall und Triumph, Abschied und der Text der National-hymne der DDR.

• D. M.

KALENDERBLATT

Vor 110 Jahren geboren

Wilhelm Firl

„Zu den ‚spontanen', ‚ungezügelten' Ermordungen der ersten Jahre ... kamen", wie Alexander Abusch schrieb, „die ‚juristisch begründeten' Morde." Einer der vielen derartigen Morde erfolgte an Wilhelm Firl, den am 22. Mai 1937 das faschistische Gericht zum Tode verurteilte. Am 16. August 1937 verkündeten rote Plakate an den Berliner Litfaßsäulen seine für den folgenden Tag anberaumte Hinrichtung in Berlin-Plötzensee.

Am 26. Januar 1894 in Dresden geboren, hatte Wilhelm Firl nach einem dreijährigen Studium das evangelische Seminar in Leipzig aus weltanschaulichen Gründen verlassen. Er wurde Freidenker und Mitglied der SPD. 1919 trat er zur KPD über, in der er vor allem journalistisch tätig war. So vor allem als Redakteur des Kommunistischen Pressedienstes (hier zehn Jahre in Zusammenarbeit mit Alexander Abusch) und der Roten Fahne. Wiederholt für seine journalistische Tätigkeit bestraft, wurde er schließlich im April 1930 zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt.

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur wurde Wilhelm Firl auf vielfältige Weise für die KPD illegal wirksam. Er half von Saarbrücken und der Schweiz aus, die KPD in Süd- und Südwestdeutschland auf die Illegalität umzustellen. Von Oktober 1935 bis zu seiner Verhaftung Ende Januar 1936 war er verantwortlich für die Anleitung der illegalen Parteiorganisationen im Lande.

Während der 15-monatigen Untersuchungshaft wurde er grausam gefoltert, durfte weder an seine Frau, die ihn erst nach seiner Verurteilung besuchen durfte, schreiben, noch von ihr Post empfangen. Doch er blieb standhaft. Kurz vor seiner Hinrichtung schrieb er in moralischer Überlegenheit gegenüber seinen mörderischen Peinigern an seine Frau: *„In meiner letzten Stunde denke ich noch vorwärts. Und so aufrecht, wie Du mich hier immer gesehen hast, bin ich bis zuletzt."*

Seine beiden Brüder Herbert und Hans starben 1941 und 1942 im Exil. Während in der Berliner Assmannstrasse 11 ein Findling an den ermordeten Antifaschisten Wilhelm Firl erinnert, wurde zu Wendezeiten in seiner Geburtsstadt Dresden die nach ihm benannte Straße in Duve-Hoyer-Straße umbenannt.

• KURT SCHNEIDER

Das Prager Manifest der SOPADE

Aus Anlass des ersten Jahrestagen der Machtübertragung an Adolf Hitler, veröffentlichte der nach Prag emigrierte Parteivorstand der SPD, nun SOPADE, am 28. Januar 1934 ein Manifest unter dem Titel *„Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus – Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutscklands"*.

Es schien, als wolle die SOPADE ihrer bisherige Zurückhaltung, eine Mischung von Verdrängung und Resignation, ein Ende setzen, zumal ihre Hoffnungen auf ein „Abwirtschaften Hitlers" sich nicht erfüllten. Die SPD selbst war schon vor ihrem Verbot am 22. Juni 1933 eine geschlagene oder autoratisierte Partei.

Daran hatten der Aufruf *„Zerbrecht die Ketten!"* vom 18. Juni 1933 und die Stellungnahme der SOPADE von Ende Juli *„Revolution gegen Hitler – die historische Aufgabe der Sozialdemokratie"* kaum etwas zu ändern vermocht, sie widerspiegelten lediglich die allseitige Krise und Zerissenkeit der Partei. Im übrigen musste die Wels-Gruppe um den Verlust ihres Führungsanspruchs und ihrer Glaubwürdigkeit befürchten, was von einer heftigen Kritik ob ihres historischen Versagens auch in der SAI begleitet war. Dazu gesellte sich die Forderung nach einer grundlegenden Neuorientierung.

In der Emigration wie im Lande entwickelten linke Opponenten – wie „Neu-Beginnen" die SAPD, der „Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten" um Max Seydewitz, Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel, der „Internationale Sozialistische Kampfbund" (ISK) – alternative Vorstellungen, da sie die bisherige Politik durch das Leben widerlegt sahen. Vor diesem Hintergrund sah sich die SOPADE Ende Oktober 1933 veranlasst, durch Friedrich Stampfer ein neues Programm entwerfen zu lassen, das jedoch abgelehnt wurde. Rudolf Hilferding legte eine neue Fassung vor, die am 20. Januar 1934 vom Vorstand gegen die Stimmen von Aufhäuser und Böckel akzeptiert wurde.

Das Manifest erweckte den Eindruck, als sei die Sozialdemokratie durch die schmachvolle Niederlage geläutert und kehre zurück zu ihren Wurzeln, der Partei August Bebels. Hilferding stützte überdies die Vision, das Programm sei *„eine marxistische Analyse der Tatsachen sowie eine revolutionäre Strategie zur Überwindung des Nazi-Regimes"*. Das vorgelegte Dokument wurde deshalb nicht ohne Grund von vielen Sozialdemokraten als eine *„marxistische Renaissance"* empfunden.

In der Tat markierten die Grundaussagen des Manifestes eine

Illegale, getarnte Ausgabe des Prager Maifests der SPD, 1934

Trendwende. Schon in dessen Einleitung wurde „im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur" dem Reformismus, dem Kompromiss und dem Legalismus abgeschworen. Die Taktik sei bestimmt *„durch das Ziel der Eroberung der Staatsmacht, ihrer Festigung und Behauptung zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft"*. Die Auslieferung der arbeitenden Klasse an die Willkür des Großkapitals durch die Nazis, in deren *„Interesse die Diktatur sich gestellt hat"*, mache die *„Wiedereroberung der demokratischen Rechte zur Notwendigkeit für den sozialistischen Befreiungskampf"*. Dieser Kampf vollziehe sich *„unter den Bedingungen einer objektiv revolutionären Situation"*, geführt von einer „Partei des revolutionären Sozialismus". Ein besonderer Rang war den Fehlern und Versäumnissen der Novemberrevolution von 1918 und der Weimarer Republik eingeräumt, der Teilung der Macht mit den bürgerlichen Parteien, der alten Bürokratie und dem reorganisierten Militärapparat. Es wurden Sofortmaßnahmen nach dem Sturz Hitlers angekündigt, die eine völlige Entmachtung des „besiegten Gegners" garantieren sollten: die Zerschlagung der politischen Machtstrukturen, die entschädigungelose Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie, die Vergesellschaftung der Banken u. a.

Die Völker Europas wurden vor der Kriegsgefahr, vor der *„Brutalität und Barbarei"* der Hitlerherrschaft gewarnt.

In einem besonderen Teil bekannte sich die SOPADE „zur Einheit des revolutionären Sozialismus", zur „Front aller antifaschistischen Schichten", allerdings ohne greifbare Vorschläge. Für Max Seydewitz blieb dieser Passus eine *„platonische Erklärung"*.

Daran änderte auch nichts die Versicherung: *„Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt."*

Damit wurden wichtige Erkenntnisse einer antifaschistischen Politik artikuliert. Dennoch schien die Skepsis linker Sozialdemokraten berechtigt zu sein, zumal die Deklaration von den belasteten Führern der Wels-Gruppe initiiert worden war, die kaum Veränderungen ihres Handelns erkennen ließen. Es gelang ihnen, ihr taktisches Kalkül mit dem Manifest zu realisieren, die linken Gruppierungen mittelfristig zu integrieren oder auszugrenzen, die eigene Position zu stabilisieren und sich als Führungskraft und Treuhänder der SPD, auch dank ihrer Finanzen, zu legitimieren.

Der revolutionäre Gestus währte nicht lange. Schon im Oktober 1934 waren die vorher verkündeten Ziele vergessen. Die SOPADE griff in einem Bericht auf ihre Grundpositionen der Weimarer Jahre zurück und distanzierte sich von Grundgedanken der Erklärung, von der „Eroberung der ganzen Staatsmacht". Zwei Jahre später, am 30. Januar 1936, komplettierte Friedrich Stampfer diese Abkehr mit dem Aufruf „Für Deutschland gegen Hitler", um die Prager Deklaration „spurlos aus der Welt zu schaffen". Er umging die sozialökonomische Determiniertheit der faschistischen Diktatur, orientierte zwar weiter auf deren Sturz, entwarf ein Bild bürgerlich-parlamenterischer Verhältnisse wie nach 1918/19, grenzte die linken Sozialdemokraten ebenso aus wie die Kommunisten.

Den Schlusspunkt in der Programmdebatte setzte die Schrift *„Die Partei der Freiheit"* vom Frühsommer 1939, die formal Curt Geyer als Autor benannte, aber die Meinung der SOPADE reflektierte, hinter der Rudolf Hilferding als Spiritus rector stand. Dieses Buch zielte auf eine „geistige Revisionsbewegung", um die Sozialdemokratie von den „Denkfesseln des marxistischen Dogmatismus" zu befreien und empfahl ihre Erneuerung hin zu einer „Republikanischen Volkspartei". Die Liason mit dem Liberalismus war der gewollte Bruch mit den Traditionen der Arbeiterbewegung.

Außenpolitisch näherte man sich, trotz Münchner Abkommen, den Westmächten an, um die „europäische Zivilisation" gegen den Totalitarismus von rechts und links zu verteidigen, auch in Hinblick auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

Das Gros des Vorstandes hatte das Manifest mit Hintergedanken aus der Taufe gehoben und halbherzig begleitet. Dennoch bleibt das Prager Manifest nach dem Erfurter Programm von 1891 die progressivste Zielbestimmung der Sozialdemokratie. Es inspirierte den Widerstand und die Geisteshalturg von Sozialdemokraten gegen das Nazi-Regime und bestimmte nach 1945 ihre Hoffnungen auf ein antifaschistisches Deutschland.

• HELMUT ARNDT

Landtage ersatzlos aufgelöst

Genau ein Jahr nach seiner Machtübernahme, am 30. Januar 1934 – vor 60 Jahren –, zentralisiert und perfektioniert Hitler sein System der staatlichen Machtausübung. Durch ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz werden die Landtage ersatzlos aufgelöst.

Die Hoheitsrechte gehen an das Reich über. Die Landesregierung untersteht nur noch der Reichsregierung. Zuvor bereits waren die Landtage unter Ausschluss der Kommunisten neu gebildet und zugunsten der Länderregierungen entmachtet worden. Das Gesetz ermächtigte zugleich die Reichsregierung zu Verfassungsänderungen ohne jede Mitwirkung parlamentarischer Gremien.

Der nächste Schritt der Gleichschaltung erfolgt wiederum genau ein Jahr danach, am 30. Januar 1935: Die *Deutsche Gemeindeordnung* tritt an die Stelle bisherher gültiger Ordnungen, in Sachsen ersetzt sie die Gemeindeordnung von 1923/ 25. Es gibt künftig keine gewählten Gemeindevertretungen mehr, Bürgermeister werden von der staatlichen Aufsichtsbehörde auf Vorschlag des Beauftragten der NSDAP eingesetzt. • G. L.

Sportkolumne

Des Kanzlers Olympia-Gastspiel

Von
KLAUS HUHN

GEWISSENSKONFLIKTE befallen den Chronisten, wenn er über Leipzig und Olympia schreiben soll. Er möchte preisen und loben und gerät dabei von einem Schlagloch ins nächste. Sein Ausweg: Er zitiert einfach, was andere schreiben! Man erinnert sich: Der Kanzler kam an die Pleiße, um für Olympia zu werben. *Süddeutsche Zeitung*: „Um 14 Uhr sollte Schröder eintreffen ... Doch die Einschätzung der Lage durch die Beamten des Bundeskriminalamtes veränderte die Pläne; sie hielten es für zu gefährlich, den Kanzler durch die demonstrierenden Hochschüler zu lotsen." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Improvisieren jedenfalls müssen sie noch lernen. Weil vor dem Eingang des City-Turms ... rund 400 Studenten gegen die Bedingungen an den Hochschulen demonstrierten, plädierte die Polizei für eine Verlegung der Begegnung mit dem Kanzler. So kam es zu einer chaotischen Pressekonferenz, ... die der Kanzler im Stehen abhalten musste..." *Berliner Zeitung*: „Man kann nicht sagen, dass die etwa fünfhundert Studenten besonders gefährlich aussahen ... Sie hielten Plakate, auf denen stand: ‚Erst Bildung, dann Spiele!'... die Studenten schafften es, mit ihrem harmlosen Protest den Kanzler in die Flucht zu schlagen ... ausgerechnet in jener Stadt, die dafür wirbt, sichere Olympische Spiele austragen zu können."

Wer sich eine Chronik über Leipzigs Bewerbung anlegen will, sollte diese drei Zitate nicht vergessen. LÜGEN haben angeblich kurze Beine und von Brecht stammen die Worte: „Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher." Die Lieblingslüge im Sport trägt den Namen Doping und mit besonderer Liebe dichtet man sie der DDR an. Just jetzt wieder, als der von der zuständigen Behörde dafür bezahlte „Wissenschaftler" die Mär verbreitete, Spieler des BFC Dynamo hätten vor einem Europapokalspiel gegen Werder Bremen 1988 gedopt 3:0 gewonnen und beim Rückspiel – aus Angst vor einer Kontrolle in Bremen – ungedopt 0:5 verloren.

Ei verpippch, das lässt sich verkaufen! Niemand kam auch nur auf die Idee, einen Fachmann zu fragen, wie denn die Fußball-Dopingkontrollen damals gehandhabt wurden. In Leipzig lebt jemand, der das sehr genau weiß, dieweil er damals für die Europäische Fussballunion (UEFA) Dopingkontrollen vornahm und – ei verpippch – trotz seiner DDR-Vergangenheit das heute noch tut. Der hätte zum Beispiel verraten können, dass die in der Schweiz ansässige UEFA jeweils einen Schweizer Advokaten in ihr Büro lud, der hinter verriegelten Türen die Spiele, bei denen kontrolliert wurde, ausloste. Niemand erfuhr auch nur den Anfangsbuchstaben der Stadt, in der kontrolliert wurde, und wenn jemand das in diesem Fall doch geschafft hätte, wäre er keinen Millimeter weiter gewesen: Berlin und Bremen fangen beide mit „B" an.

Aber fragen ist ohnehin nicht gefragt, wenn es um die DDR und dann auch noch um Dynamo geht. Da schickt man selbst die kurzbeinigsten Lügen ins Rennen und hofft, dass sie wenigstens bis zum nächsten Morgen überleben.

STAATSAMATEURE nannte man westwärts gern die erfolgreichsten DDR-Sportler. Und denunziert wurden die mit großem Eifer. Vor Jahr und Tag kam ich nach Lausanne zum IOC und traf dort den damaligen Kanzler Otto Mayer. Der zeigte mir einen Brief Daumes, wonach ein in die BRD gewechselter Leipziger Ruderer zuvor in der DDR Geld bekommen hätte, ohne dafür arbeiten zu müssen. Den Schweizer erboste die Anschwärzerei und er bat mich, dafür zu sorgen, dass aus der DDR eine Gegendarstellung käme. „Mit großem Notarsiegel!" riet er mir, „das macht Eindruck". Wir fanden einen Notar mit Siegellack-Vorräten ...

Jetzt stellte sich heraus, dass die exzellente Eisschnelläuferin Gunda Niemann-Stirnemann schon 1991 beim Thüringer Innenminister als „Bibliothekarin" eingestellt worden war, obwohl man sie selten oder nie in der Bibliothek sah. Die dem ersten Innenminister folgenden Amtsträger übernahmen die Kufenflitzerin bis heute. Nun soll der Fall der „Landesamateurin" untersucht werden! Kanzler Mayer lebt leider nicht mehr, sonst hätte ich ihm vielleicht davon erzählt ...

TELESKOP

Heile Klinikwelt

Fernsehserien aus dem Milieu der grünen (früher weißen) Kittel zählen wohl zu den beliebtesten – „In aller Freundschaft", „Für alle Fälle Stefanie", „Alphateam" und andere. Fern von Revolverduellen, Autojagden und anderem explosiven Geschehen führen sie in die (der etwas deplazierte Vergleich sei gestattet) heile Welt des Kliniklebens und des Kampfes am Krankenbett, aber auch in die allzu menschliche Privatsphäre von Ärzten, Schwestern und Patienten. Ein fast unerschöpflicher Stoff für Seriendramatik.

Auf den ersten Blick erscheinen die dargestellten Situationen und Alltagsprobleme als echt und glaubwürdig. Wer aber öfter und genauer hinsieht, bemerkt manche Gaukelei und manch verklärenden Glanz. Den mit dem Krankenhausmilieu Vertrauten wird das fast unentwegt eilende Personal verwundern, ebenso die postwendende Ausführung fälliger Operationen wie auch die Universalität der Ärzte: heute Hirnoperation, morgen Herz oder Hüfte. Wenn nicht realitätsgerecht, so ist das doch fernsehgerecht.

Dramatische Situationen gibt es nicht nur im Kampf gegen den Tod und im persönlichen Bereich – auch bei Händeln mit verschiedensten Bösewichtern. Soziale Probleme, Asoziales und Kriminelles gehören zur Umwelt. Bürokratische, einsparsüchtige Verwalter, weltfremde Behörden und manchmal gar rüde Politiker frequentieren die Szene. Wie im richtigen Leben – mit dem Unterschied, dass zuletzt meist alles ins Lot kommt, oft mit Hilfe eines „Deus ex machina", der alles füglich richtet – ganz anders als im richtigen Leben. Die echten Klinik-Probleme bleiben episodisch. Achten Sie mal darauf.

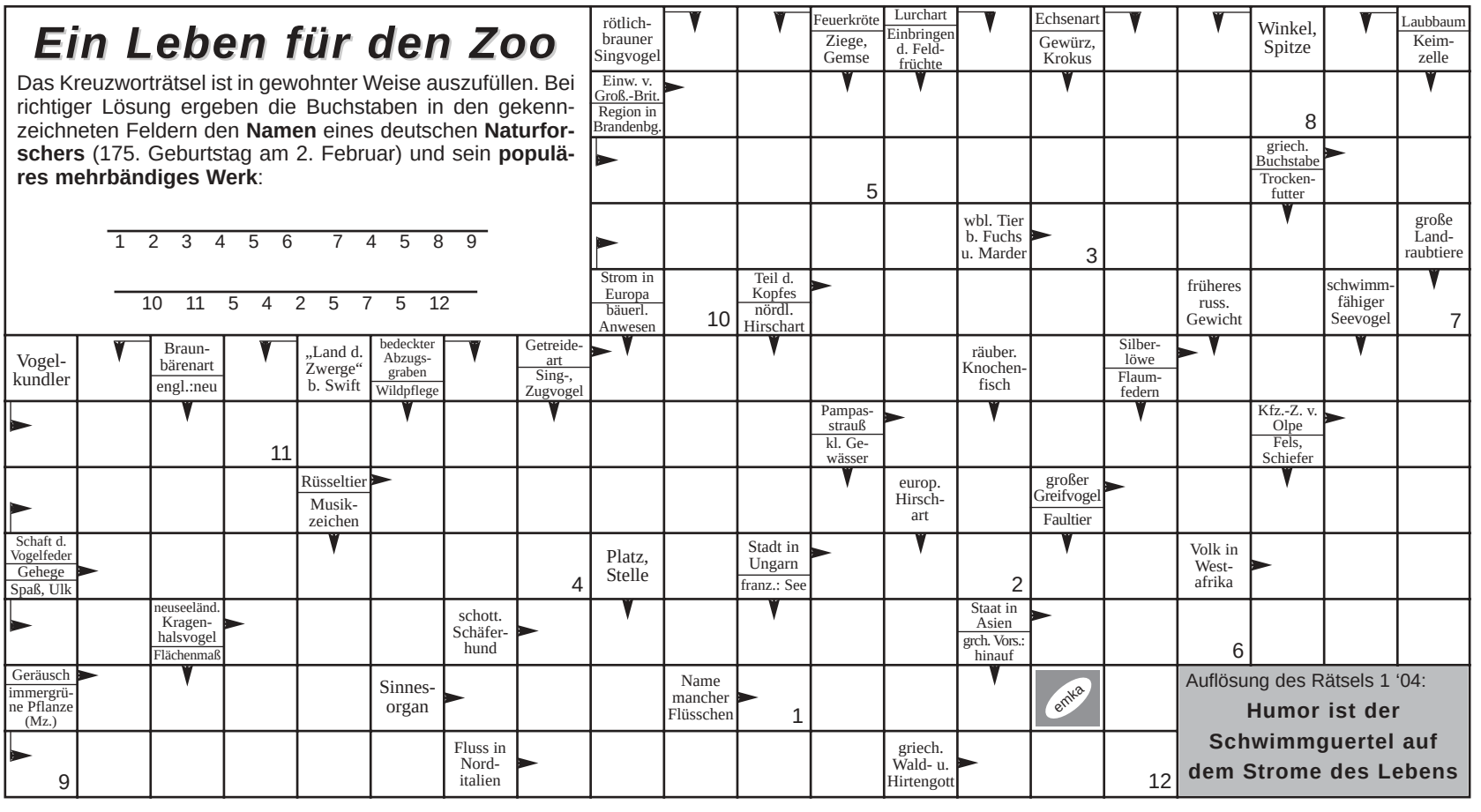
Doch was allemal wohltut: In dieser Arbeitswelt agieren natürliche Menschen, keine gestylten. • GÜNTER LIPPOLD

Ein Leben für den Zoo

Das Kreuzworträtsel ist in gewohnter Weise auszufüllen. Bei richtiger Lösung ergeben die Buchstaben in den gekennzeichneten Feldern den **Namen** eines deutschen **Naturforschers** (175. Geburtstag am 2. Februar) und sein **populäres mehrbändiges Werk**:

1 2 3 4 5 6 7 4 5 8 9

10 11 5 4 2 5 7 5 12



Auflösung des Rätsels 1 '04:
Humor ist der Schwimmguertel auf dem Strome des Lebens

BEI ANDEREN GELESEN

... Im Wahljahr 1998 gilt Schäuble als der geheime Kanzlerkandidat. Aber sein Mentor will nicht weichen und verliert die Wahl. Kurz danach stolpert Kohls erster Streber selbst über die Parteispendenaffäre. ... Eine peinliche Geschichte, nach der sich Schäuble zurückzieht und fortan mit Europa beschäftigt.
Seit einigen Wochen nun be-

Die Qual der Wahl

treibt er seine stille Kampagne. Er hat ein Buch geschrieben und der Außenminister Joschka Fischer stellte es in Berlin vor. Titel: „Scheitert der Westen? – Deutschland und die neue Weltordnung". Staatstragend, präsidial, eine Haltung, die Schäuble zu spielen versteht. Nun wartet er darauf, dass ihn die Parteichefin Angela Merkel fragt, ob er Bundespräsident werden will. Sie dürfte ihn dann hängen als Lametta an den Staatsbaum, dort könnte er zum Abschluss seiner Karriere glitzern ... Aber bevor dies geschieht, müssen die unionsinternen Kämpfe ausgetragen werden ...

• SEAD HUSIC
IN: FREITAG, 9. 1. 04

■

Die auf der *POST*-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.
Die Redaktion

Zu „Ein akzeptables Ergebnis erreicht", LN 1'04:

Für die Interessen der Mehrheit der Bürger

Was das Resümee der Beratungen über den städtischen Haushalt 2004 in LN 1 '04 betrifft, so frage ich mich, ob die Ausführungen von Lothar Tippach ausreichen, um das Abstimmungsverhalten der PDS-Fraktion im Leipziger Stadtrat am 17. Dezember 2003 zu erklären?
Um es klar zu sagen, auch ich bin der Meinung, dass die PDS-Fraktion am Entscheidungstag die richtige Wahl getroffen hat. Heute, in Zeiten schwindender Mitbestimmungsrechte der Bürger und medialer Meinungsmanipulation, gehört es dazu, den Wählern bewusst zu machen, welche schwierigen Entscheidungsprozesse *hinter* der Zustimmung zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt standen. Wäre es da nicht ratsam, den Bürgern auch zu zeigen, dass es sich lohnt zu protestieren, Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag zu leisten und seine eigene Meinung in Form von Protesten öffentlich zu machen.
Auch der PDS-Fraktion wurden Briefe mit Forderungen übermittelt, die einschneidenden Sparmaßnahmen, die geplanten Schließungen von Schwimmhallen und Schulen im Interesse unserer Kinder, der Familien und Vereine zu verhindern. Ich weiß, dass die Fraktion sich mit Vereinsvorsitzenden und Interessensvertreter von Schülern und Eltern im Vorfeld der Stadtratsentscheidungen beraten hat.
Woher soll der Bürger – der traditionelle und auch künftige neue Wähler der PDS – denn wissen, wie die PDS die Interessen der Mehrheit der Bürger in politische Aktionen und Abstimmungen umsetzte. Wir sollten uns nichts vormachen, wäre die PDS als starke linkssozialistische Oppositionspartei im Stadtrat nicht vorhanden, wären die vom OBM Wolfgang Tiefensee in der Presse und bei Bürgersprechstunden erläuterten schmerzhaften Einschnitte mit Hilfe der Mehrheiten aus SPD und CDU radikal durchgesetzt worden.
Die Leipziger sollten deshalb wissen, dass die Verhandlungspositionen der PDS untersetzt und gestärkt wurden, weil sie sich auf die Interessen einer Mehrzahl von Bürgern stützen konnte. Sie hat sich hier als eine Bürgerpartei erwiesen. Doch der Weg von der Interessenfindung, Interessensondierung bis zur politischen Umsetzung ist ein schwieriger und komplizierter Weg.
Ich hätte mir gewünscht, dass in Tippachs Resümee aufgezeigt worden wäre, wie die Ausgangslage war, welche Bürgerproteste die PDS-Fraktion erreichten und wie sie letztlich in einer schwierigen Debatte ein Ergebnis erreichte, mit dem der Wähler zufrieden sein kann.

GERHARD WOLSCHKE,
LEIPZIG

Endlich klappt die Zustellung

Na bitte, es geht doch. Heute hat mich Leipzigs Neue pünktlich mit der Post in ihrem neuen Gewand und sogar geheftet erreicht. Es hat sich doch gelohnt, den Verleger zu wechseln. Sicherlich eine schmerzhaft Erfahrung für ihn. Aber anders geht es nicht, um die berechtigten Interessen durchzusetzen. Ich gratuliere Ihnen. Hinzu kommt, dass Ihr Produkt auch auf besserem Papier gedruckt ist.

FRANZ-KARL HITZE, BERLIN

Wir brauchen LN

Herzlichen Glückwünsch zu Eurer jüngsten Ausgabe, die ja in einer neuen Druckerei hergestellt worden ist. Als einer Eurer längsten Verbündeten wünsche ich, dass damit vielleicht auch ein weiterer Aufschwung von LN möglich ist. Wir brauchen das Blatt weiterhin dringend.

DR. DIETMAR PELLMANN,
LEIPZIG

Und das ist erst der Anfang ...

Da hat der Herr Gerster seiner Bundesanstalt; pardon, der Bundesagentur; ein neues Outfit verordnet und bewilligte klammheimlich 1,3 Millionen Euro für einen PR-Beratervertrag. Diese Schlagzeile ist eigentlich schon Geschichte.
Der Florian war ja bereits bei seiner Amtsübernahme sehr unzufrieden mit dem Image der BA. Also mussten da die Jahoda'schen Bezüge der neuen präsidialen Würde angepasst werden. Zwar wurde damit kein Arbeitsplatz vermittelt – aber der Anfang war gemacht.
Nun kam das ehrgeizige und ebenso millionenschwere Projekt der Neugestaltung der Chefetage an die Reihe – das hat aber auch keinen einzigen Arbeitslosen von der Straße geholt. Dann die 600 BMW für die Arbeitsämter im Lande – siehe oben.
Der Mann hat aber auch ein Pech. Mit dem Hartz-Papier hat es ebenfalls nicht so geklappt – das kommt einfach nicht rüber zu den Arbeitslosen.
Und schon wird der Präsident von Schröders Agenda weiter gehetzt, womöglich muss er sich der Konkurrenz privater Arbeitsvermittler erwehren.
Der Mann muss sich vorkommen wie ein Fußballcoach auf den Abstiegsrängen der Bundesliga: Nichts gebracht, was man erdacht ...
Weiß Gott – wie überschaubar ist dagegen mein Leben. Brauche ich doch meinen Kopf nur mit Rechenoperationen meiner Teilrente und des geförderten Aufwendungsatzes der Aktion 55 anzustrengen. Das geht höchstens bis 750 Euro.
Gerade halte ich – noch benebelt von Gersters Millionen – meinen Bewilligungsbescheid aus dem Landratsamt Leipziger Land in der Hand. Mir wird mitgeteilt, dass ich auf Grund der noch zur Verfügung stehenden Haushaltmittel nur noch fünf statt sechs Monate gefördert werde. Das sind insgesamt nur 77 Euro weniger. Im Monat ergeben das 12,83 Euro, wie mein Taschenrechner glatt herausbekommt.
Wenn ich all diese Nachrichten in meinem kleinen Gehirn zusammenbringe, kommt mir doch glatt der boshafte Gedanke, diesen Betrag beim ersten fälligen Arztbesuch im neuen Jahr einzusparen. Nein, sage ich mir, so kann das nicht gehen. Woher sollen dann die 1,3 Millionen Euro für Herrn G. kommen – und schließlich braucht die Frau Schmidt gar 6 Milliarden!
Was für eine Kraftanstrengung für die Leute da oben in der Regierung!

R. HUNSTOCK,
LEIPZIG

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima *Geschenk* für Freunde, Bekannte , Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

.....
Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort
.....
evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT
(nur extra auszufüllen, wenn dies ein
☐ ***Geschenkabonnement*** ist

.....
Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

☐ Ich bitte um Rechnung
☐ Ich bezahle durch Bankeinzug

.....
Geldinstitut
.....
BLZ
.....
Kontonummer
.....
Kontoinhaber
.....
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

.....
2. Unterschrift des Auftraggebers

Solidaritätspreis: ☐ *Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.*

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig *schicken*

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 26. Januar, 19 Uhr, Leipzig
Subkulturen und soziale Bewegungen als Herausforderer der Gesellschaft. Zu aktuellen Formen praktischer Kritik. Mit Dr. Dieter Rink (Leipzig). In Zusammenarbeit mit der studentischen Initiative „Kopfschlag"
Universität Leipzig, GWZ, Beethovenstr. 15, H4 1,15

Dienstag, 27. Januar, 18 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Diskussion ***Immanuel Kant – Neues aus Königsberg.****** Mit Prof. Dr. Steffen Dietzsch (Berlin). Moderation Prof. Dr. Helmut Seidel
Harkortstr. 10

Mittwoch, 28. Januar, 19 Uhr, Dresden
Empire. Die neue Imperialismusdebatte.*** Mit Prof. Dr. Rainer Rilling (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin)
„HATIKVA", Pulsnitzer Str. 10

Mittwoch, 28. Januar, 18.30 Uhr, Leipzig
Ist Aufklärung noch modern? Zum 200. Geburtstag Immanuel Kants.*** Mit Prof. Dr. Helmut Seidel
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Donnerstag, 29. Januar, 18 Uhr, Leipzig
Kommunen am Katzentisch. Zu den Konsequenzen des Steuerkompromisses für die Städte und Gemeinden. Mit Dr. Lothar Tippach, Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion im Stadtrat Leipzig
Harkortstr. 10

Freitag, 30. Januar, 19 Uhr, Leipzig
Renate Schröder (1932–2002) SPÄTES FRAGEN. Antifaschistische Texte. Mitwirkende: Dr. Christel Hartinger, Gerhard Märker, Frank Schröder, Judith Zeising. Freitagswerkstatt / Verein DIALOG e. V.
Harkortstr. 10

Freitag, 30. Januar, 18 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion ***Verantwortungsbewusstsein für den Einsatz von Neuerungen in der Elektronik.*** Mit Prof. Dr.-Ing. Josef Lutz (TU-Chemnitz). In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Freidenker-Verband, Landesverband Sachsen e. V.
Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Montag, 2. Februar, 19 Uhr, Leipzig
Die tschechische Republik und KSCM auf dem Weg in die EU. Diskussion mit Dr. Stanislav Holubec, Soziologe aus Prag. *** Reihe „demokratischer Sozialismus – Fragen und Antworten". In Zusammenarbeit mit linXXnet-Abgeordneten- und Projektbüro Moritzbastei, Ratstonne

Montag, 2. Februar, 19 Uhr, Leipzig
Erziehung und Kritik. Mit Dr. Petra Caysa (Leipzig). In Zusammenarbeit mit der studentischen Initiative „Kopfschlag"
Universität Leipzig, GWZ, Beethovenstr. 15, H4 1,15

Mittwoch, 4. Februar, 19 Uhr, Dresden
Die Fundamentalismusfalle. Mit Nabil Yacoub (Geschäftsführer Ausländerrat Dresden). Gemeinsam mit Ausländerrat Dresden e. V.
„WIR AG", Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 4. Februar, 18.30 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Diskussion ***Vollbeschäftigung und/oder Grundeinkommen für alle?*** Zur Zukunft der Arbeit. Mit Jens-Eberhard Jahn
Harkortstr. 10

Sonnabend, 7. Februar, 10 Uhr, Leipzig
Außerordentliche Mitgliederversammlung
Ratskeller zu Leipzig, Lotterstr. 1

*** Diese Veranstaltungen werden gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Carl-Schorlemmer-Apotheke

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
KarlsruherStraße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

„Haus Leipzig" Gastro-Service GmbH

Leipzig, Elsterstr. 22–24, Tel.: 9 82 19 30

21. 1., 14 Uhr: ***Tanztee.*** Einlass 13 Uhr

4. 2., 14 Uhr: ***Tanztee.*** Einlass 13 Uhr

19. 2., 14 Uhr: ***Tanztee.*** Einlass 13 Uhr

Eintritt: 5 Euro (incl. 1 Glas Sekt)

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren.
Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

Lieber
August Lübbe
zu Deinem
81. Geburtstag
am 3. Januar
wünschen wir Dir nachträglich Gesundheit und alles erdenklich Gute

Deine Genossinnen und Genossen der PDS-Basisorganisation Lößnig II

Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs", Gruppe Leipzig
laden zum Forum:
Zweifel am Proletariat?
Referenten:
Prof. Ekkehard Lieberam,
Prof. Ingo Wagner,
Dipl. phil. Herbert Münchow
Montag, 2. Februar., 18 Uhr, im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

27. und 28. 1., 13 und 18 Uhr: ***Warten auf Godot*** (Theater mit Behinderten). Gastspiel der Theatergruppe „Die Hofnarren", Halle

29. 1., 10 Uhr; 30. 1., 10 und 20 Uhr, Haus Steinstraße: ***Spoonface Steinberg*** – ab 13 Jahre

Stadtbibliothek Leipzig

Wilhelm-Leuschner-Platz 10/11

Ausstellungen

Die Artothek der Leipziger Stadtbibliothek. Oberlichtsaal, 2. Etage, **bis 27. 3.**

Max Schwimmer – Der Illustrator. Fachbereich Kunst, 3. Etage, **bis 31. 1.**

Ruhig tun, was man für nötig hält. Zum 70. Geburtstag des Leipziger Schriftstellers Helmut Richter. Kabinettausstellung des Literaturarchivs, **bis 31. 1.**

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Straße des 18. Oktober 10a

26. 1., 15.30 Uhr: ***Kinder spielen Schach***

27. 1., 19 Uhr: ***Schach für Jugendliche***

29. 1., 19 Uhr: ***Klassische Musik mit dem Streichquartett von Anja Morgenstern*** (Eintritt: 4,50 Euro)

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
die PDS-Fraktion im Stadtrat zu Leipzig lädt alle Interessenten zu einem

Bürgerforum

zum Thema

„Gesundheitsreform" – Fluch oder Segen?
am Donnerstag, 29. Januar 2004, 18 Uhr,
in die Schule am Adler,
Antonienstr. 24, ein.

Ihren Fragen stellen sich:
– Dr. Helga Lemme (Ärztin)
– MdL Dr. Dietmar Pellmann (sozialpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag und im Stadtrat Leipzig)
– Birgit Engelmann (Apothekerin)

Die Moderation übernimmt Reiner Engelmann (stellvertretender Vorsitzender der PDS-Stadtratsfraktion)

Selbstverständlich haben wir für Sie interessantes Informationsmaterial vorbereitet, das Sie gern mit nach Hause nehmen können.

Über eine Teilnahme freuen wir uns und verbleiben
mit freundlichen Grüßen

Ihre PDS-Fraktion im Stadtrat zu Leipzig

Naturkundemuseum I

Neues Zukunftsmodell

Das Leipziger Naturkundemuseum bemüht sich weiterhin, im Zusammenhang mit seiner weiteren Profilierung Vorschläge für einen dringend erforderlichen Neu- oder Erweiterungsbau zur Diskussion zu stellen.
Eine interessante Variante ist die Lösung, die Diplom-Architekt Carsten Weber mit seiner Diplomarbeit als Architekturstudent der Hochschule Anhalt entwickelt hat und die gegenwärtig in einer kleinen Ausstellung im Neuen Rathaus präsentiert wird. Sie wird bis zum 26. Februar auf der Empore der Unteren Wandelhalle gezeigt.
Antwort wird gegeben auf die Fragen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um das Potential des Museums noch besser zu nutzen, wie den Besuchern attraktiv komplexe Themen der Naturkunde vermittelt werden können und welchen Beitrag die Architektur dazu leisten kann. Die Infrastruktur des Hauses wird untersucht und die Standortfrage wird sowohl aus der Sicht des Besuchers wie auch unter städtebaulichen Aspekten untersucht.
Zeichnungen, computersimulierte Raumeindrücke, historische Aufnahmen und ein Architekturmodell veranschaulichen Situation und Vorstellungen. • *L.*

Naturkundemuseum II

Tod im Moor

Fossilien aus dem Geiseltal

Das Naturkundemuseum Leipzig zeigt noch bis zum 29. Februar in einer Sonderschau Fossilien aus dem Fundus des Geiseltalmuseums Halle. Das Geiseltal, das vor 50 Millionen Jahren eine subtropische Moorlandschaft war, ist für Archäologen eine echte Fundgrube. Während normalerweise die Tierkadaver durch das saure Moorwasser zersetzt werden, erfolgte hier eine Konservierung bzw. Mumifizierung durch den Zufluss kalkhaltigen Wassers, das in einigen Bereichen eine Neutralisierung verursachte. Dermoplastiken und Zeichnungen, die nach den Fundstücken angefertigt wurden, vermitteln ein anschauliches Bild von Fauna und Flora dieser erdgeschichtlichen Epoche.

Das gut erhaltene Skelett eines „Urpferdes", Risthöhe 45 cm

Das Museum ist dienstags bis donnerstags von 9 bis 18 Uhr, freitags von 9 bis 13 Uhr, am Wochenende von 10 bis 16 Uhr geöffnet.
Eintritt: 2 Euro, ermäßigt 1 Euro.

• *UI*

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V. Braustraße 15,
04107 Leipzig

Leipzigs FRECHE

Nach unseren Geheimdienstinformationen sollen da oben Massenvernichtungswaffen existieren.

Heute gehört uns die Welt – morgen Mond und Mars!

Wanderungen durch Neufünfland

Das Wetter war zwar nicht vom Feinsten, aber Wanderer sind harte Gesellen. Und obendrein: Es tut sich dauernd etwas, was man nur unter der Hand erfährt. Im Mecklenburgischen wollen Yankees Millionen in eine Fischfarm stecken. Nein, keine Sprottenbecken, sondern eins für Störe, denn der russische Kaviar ist knapp geworden. Nun soll der Stör zum ersten Mal unter Dächern gezüchtet und 22 Tonnen Fischeier im Jahr verschickt werden. Was am Demmin so störgünstig ist? Die Landesregierung zahlt Fördermittel, (die zuvor die Bürger als Steuern eingezahlt haben).

Elbaufwärts wandernd kam ich nach Magdeburg, wo man sich im Rathaus gerade vergeblich den Kopf zerbrach, wie man ein 63-Millionen-Schuldenloch stopft. Der Ausweg war im nahen Schönebeck längst gefunden: Man verkauft dort den Fundus des Kreismuseums! Demnächst wird die Offerte aufgelistet und dann kann jeder aussuchen, was er sich aus dem Museum als Attraktion ins Wohnzimmer stellt. Der Museumsdirektor stöhnte zwar: „hoffentlich nicht die kulturhistorisch wertvollsten Stücke“, aber ob er noch mitreden darf, wenn erst kassiert wird, konnte niemand sagen.

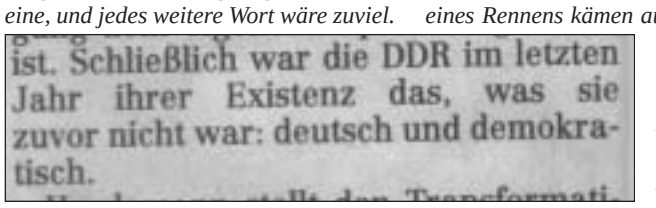
Wir wandten uns ins Sächsische, wo bislang noch die Neue Elbland-Philharmonie volle Säle begeisterte. Nachdem 850 000 Euro Zuschuss gestrichen wurden, sucht der Chef als erstes acht Freiwillige, die das Orchester unauffällig verlassen. Danach müssten Bruckner, Mahler und Tschaikowski gestrichen werden. Man hat schon die Kaffeehausfassung von Wagners „Tristan“ im Auge. In Dresden erörterten sie gerade die Einreichung eines Gesetzes, das es gestattet, Häuser auch dann abzureißen, wenn die Mieter dagegen sind. Vielleicht rettet am Ende alle der Kaviar aus Demmin ... • **KLAUS HUHN**

Schon gewusst?

Pythagoras benötigte für seinen berühmten Satz lediglich 24 Wörter. Der liebe Gott brauchte 179 Wörter für seine zehn Gebote. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung kommt mit 300 Wörtern aus. Und jeder versteht, was gemeint ist.
Der § 19a des deutschen Ein-kommenssteuergesetzes hat dagegen 1892 Wörter. Doch nur die wenigsten verstehen ihn.

Es schäumt mächtig

Das Buch „Die Innenpolitik der DDR“ von Günther Heidermann wäre sicherlich wert, gründlich auf seinen Gehalt an historischer Wahrheit durchleuchtet zu werden, und auch Eckehard Jesses Besprechung in der LVZ (10./11. Januar, S. 20) verdiente nicht nur eine Anmerkung. Aber vielleicht genügt auch diese eine, und jedes weitere Wort wäre zuviel.


ist. Schließlich war die DDR im letzten Jahr ihrer Existenz das, was sie zuvor nicht war: deutsch und demokratisch.

Über Demokratie oder nicht Demokratie lässt sich in dieser abstrakten Verkürzung trefflich streiten – hier würde es zu weit führen. Viel einfacher sind die Dinge beim Thema „deutsch“ – hier liegt ja wohl auf der Hand, dass die Deutsche Demokratische Republik traditionell undeutsch war. Das wusste schon in den –, glaube ich – 60er oder 70er Jahren ein bundesdeutscher Sportreporter, als er verkündete, die ersten drei eines Rennens kämen aus der DDR, der beste Deutsche sei auf Platz vier eingekommen.

Die Überschrift des LVZ-Beitrages aber („Die DDR – nüchtern, ohne Schaum vor dem Mund“) muss einer formuliert haben, der den Beitrag nicht kannte. • **L.**

Pleitier als Berater?

Macherns Bürgermeister Ralf Ziermeier – wegen millionenschwerer Immobilien- und Finanzdelikte zu seinem Nutzen und zum Schaden der Gemeinde bis auf weiteres beurlaubt, aber sonst unbehelligt – hat angesichts seiner lächerlichen 2500 Euro Monatssalär beantragt, eine Nebentätigkeit als Immobilienmakler und Projektentwickler ausüben zu dürfen. Man mutmaßt, dass künftig die Redewendung „den Bock zum Gärtner machen“ ersetzt wird durch „den Ziermeier zum Makler machen“.

„Nicht verwässern!“

Keine Aussnahmen! Die Gesundheitsreform nicht verwässern! So tönt es täglich aus dem konservativen Lager, nachdem Präzisierungen und Korrekturen zu Gunsten der Kranken angemahnt wurden. Das ist nicht nur krankhaft schäbig, sondern auch noch ein schiefes sprachliches Bild! Die Reform war es, die etwas verwässert hat – und zwar ein noch leidlich intaktes Gesundheitswesen und einen wenigstens leidlich funktionierenden Sozialstaat, so dass jetzt „über Wasser halten“ zur Überlebenslosung werden könnte.

Wunschprognose

Die jüngst vorgestellte Prognose einer namhaften Firma über die Entwicklung von 66 Regionen Deutschlands, darunter Leipzigs, weist für die Stadt nicht nur eine günstige Wirtschaftsentwicklung aus, sondern bis 2020 auch fast keinen Bevölkerungsrückgang. Es ist aber kaum drei Jahre her (in denen sich die Bedingungen eher verschlechterten), dass eine solche Prognose einen Einwohnerverlust von 18 000 bis 2015 und von 66 000 bis 2030 signalisierte. Merke: Man prognostiziere so lange, bis ein Resultat genehm ist. • **L.**

Leipzigs NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, *im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben):* 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung: Ralf Fiebelkorn, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax : 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt, Tel.: 034205/18010, Fax: 034205/18062, E-Mail:bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Januar
Die nächste Ausgabe erscheint am 6. Februar